6. Jahrg. Nr. 44

Einzelpreis 10 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der illustr. Monatsbeilage „Sichel und Hammer" und den wöchentlich bezw. 14 täg. erscheinenden Beilagen „Tribüne", „Die Rote Sichel", „Der Junggenosse", „Die Genossin"

Anzeigenpreis: Die 9gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 4 Goldpfennige. — Reklamezeile: Die Millimeterzeile 4gespalten oder deren Raum im Text 30 Goldpfennige.

Sonntag, 25. Mai 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6maligem Erscheinen monatlich 2,— Gm wöchentl. 50 Pf. Einzeln. durch Straßenhdl. u. Kioske 10 ₰ Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postscheckkonto Breslau Nr. 31059. — Fernsprecher: Breslau, Ring 2337

Severing gibt den Ludendorffern die Straße frei.

Ist es noch nötig, an Halle zu erinnern? Ist es noch nötig, an die Praxis des **sozialdemokratischen** Ministers Severing und an die Praxis seines **sozialdemokratischen** Kollegen Runge in Halle zu erinnern? Konnte man offener die militärischen Machtmittel zum Schutz und in den Dienst der völkischen Banditenaufmärsche stellen? Kann man noch offener und brutaler Panzerwagen, Maschinengewehre und Minenwerfer gegen das Proletariat einsetzen?

Jawohl, man kann es. Severing hat die Absicht dazu. Der sozialdemokratische Innenminister Severing hat einen Erlaß herausgegeben, der besagt:

In Zukunft sind die Regierungs und Polizeipräsidenten in Berlin ermächtigt, innerhalb ihres Bezirks für die im Allgemeininteresse wünschenswerten Veranstaltungen nach dem 31. Mai 1924, die als **völlig unpolitisch** oder **überparteilich** anzusehen sind, von sich aus **Ausnahmen** von dem durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 ergangenen Verbot aller **Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich aller Umzüge zu gewähren.**

Voraussetzung für die zu gewährenden Ausnahmen ist, daß nach den örtlichen Verhältnissen Störungen von vornherein ausgeschlossen sind oder die am Ort vorhandenen Polizeikräfte zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung ohne Zweifel ausreichend erscheinen.

Es werden hierbei besonders Veranstaltungen in Frage kommen von unpolitischen Turn-, Sport-, Schützen- und und Gesangvereinen, Gilden, Innungen, Feuerwehren und dergl. mehr, **sowie unter Umständen auch Feiern von Vereinen zur Einweihung von Ehrendenkmälern, soweit sie sich in einfachen Formen bei beschränkter Teilnehmerschaft am Denkmal selbst abspielen.**

Es ist besonders Sorge zu tragen, daß die zugelassenen Veranstaltungen nicht nachträglich den Charakter politischer Demonstrationen gewinnen.

Wie einerseits der Schutz der zugelassenen Veranstaltungen sicherzustellen ist, muß andererseits jede Verletzung der den Veranstaltern aufgelegten Bedingungen mit allem Nachdruck polizeilich verhindert werden.

Wir kennen diese Phrasen nach rechts hin von Halle her. Wir brauchen zu diesem Erlaß nicht viel Worte zu machen. Die bürgerliche Presse nennt das vorsichtig „Neue Praxis", die sozialdemokratische Presse aber besitzt die plumpe, unverschämte Frechheit, Severings Geleitbrief für die Monarchisten in eine „Milderung des Ausnahmezustandes" umzulügen. Die Breslauer „Volkswacht" schreibt dazu noch — und legt den Finger an die Nase, dieses alte verlogene Waschweib — das Ministerium werde „angesichts der **nicht sehr glücklichen Formulierung** dieser Verordnung sehr auf die Ausführung achten müssen".

„Nicht sehr glückliche Formulierung" . . . O ja, der Freund der „Volkswacht" formuliert vorzüglich und achtet sehr auf die Ausführung (siehe Halle!). Die monarchistischen Ludendorffbanditen haben immer ihre Aufmärsche als „unpolitisch und völlig überparteilich" bezeichnet — nun, Herr Severing hat sich jetzt diese Ausdrücke selbst zu eigen gemacht. Er gibt den Monarchisten die Straße frei, er läßt sie ihre Denkmäler einweihen, er wird sie schützen gegen die Arbeiter.

Gegen das Proletariat Verschärfung des zivilen Ausnahmezustandes, Vorbereitung zu neuer Militärdiktatur, Vorbereitung zu neuer Unterdrückung der KPD., Vorbereitung zu neuen brutalen Vorstößen der Konterrevolution, der Monarchisten.

Das sind Sturmsignale . . .

Nur ein ganz kleines Kind . . .

„Das große Werk der internationalen Verständigung marschiert . . ."

Der Pazifisten- und Menschewistensieg in Frankreich bei den Wahlen feuert die deutschen Sozialdemokraten zu noch größerer Begeisterung an, als die Einsetzung der englischen Macdonald-Regierung, die ihm vorausging. Und noch schneller als Macdonald, dessen „pazifistische" Regierung sich unmittelbar nach der Einsetzung ins Amt als beste Sachwalterin des englischen Imperialismus entpuppte, entlarvt sich der französische „Linksblock" als Zutreiber des französischen Imperialismus.

Noch ist die Regierungsbildung nicht vollzogen, noch streiten sich die Besieger Poincares um die beste Form der Regierung, die die **Poincare-Politik mit demokratischer Maske** fortsetzen soll, aber schon entlarven sich die Häuptlinge der Parteien des Linksblocks, die voraussichtlichen Minister der kommenden französischen Großen Koalition unübertrefflich. Sie überbieten sich gegenseitig in ebenso vom Pazifismus triefenden wie von imperialistischer Beflissenheit erfüllten Erklärungen.

Herriot, der Führer der Radikalen, erklärt, „man könne nicht daran denken, militärische und finanzielle Lasten herabzusetzen, ohne daß sich Frankreich mit Europa und der Welt auseinandergesetzt habe . . . Eine brüderliche Allianz mit England wird möglich sein, und wie will man Italien verstehen, wenn man nicht die Grundlage seiner Hoffnung anerkennt, nämlich sein Expansionsbedürfnis . . . Das große Werk der internationalen Verständigung wird durchgeführt werden."

Klarer kann man nicht aussprechen, daß die Radikalen gemeinsam mit den Imperialisten Macdonald und Mussolini die alte Linie der Vergewaltigung Europas auf der Grundlage des imperialistischen Versailler Friedens weiterführen wollen. Auch innerpolitisch verspricht Herriot schon heute die Fortführung der Ausbeutungspolitik Poincares, verspricht die Aufrechterhaltung der Monopole und Steuern, nur das französische Ermächtigungsgesetz (zur Stützung der Finanzen) soll zurückgezogen werden.

Herriot und seine Partei stehen mit ihren Blockgenossen von der bürgerlich-republikanischen Partei vorläufig im Gegensatz nur in der Frage der Präsidentschaft. Die bürgerlichen Republikaner fordern den Rücktritt Millerands, weil sie selber auf diesen Posten Anspruch erheben.

Painleve, neben dem Gaukler Briand, einer der Führer dieser Partei und ihr Kandidat für die Nachfolgerschaft Millerands als Präsident der Republik, hat sich schon zum Nachfolger Poincares als Sonntagsredner aufgeschwungen. Seine Reden enthüllten noch besser als die Erklärungen Herriots das ganze reaktionäre imperialistische Wesen des sogenannten Linksblocks. Painleve behauptet als getreuer Nachfolger Poincares, daß der französische „Imperialismus und Militarismus" eine Legende sei. Versailles, Ruhrpolitik und Interventionsabsichten gegen Sowjet-Rußland — das alles war offenbar ein „Mißverständnis". Sehen wir zu, wie dieser „nicht imperialistische" Painleve sich die Zukunft denkt.

Vor allem die Ruhrfrage. Ein Pazifist wie Painleve ist selbstverständlich gegen Sanktionen. Aber selbstverständlich nur im Prinzip. Augenblicklich ist er für die weitere Besetzung des Ruhrgebiets, natürlich nur mit „minimalen" Kräften, natürlich nur auf „vorübergehende" Zeit. Ganz so wie Herriot, der auch nicht „daran denkt, militärische und finanzielle Lasten herabzusetzen, ohne daß Frankreich sich mit Europa und der Welt auseinandergesetzt habe." Ach diese unschuldigen Imperialisten! Es geht ihnen ganz so wie der Jungfer, die ein nur ganz ganz kleines Kind bekam . . .

Die Bedingungen für die Räumung des Ruhrgebiets ist nach Painleve der „effektive gute Wille" Deutschlands, zu zahlen. Mit anderen Worten predigte das der abgesetzte Herr Pfarrer, nämlich Poincare, auch. Und diese Politik wird von den französischen Sozialdemokraten bedingungslos mitgemacht.

Die französischen Sozialdemokraten brennen auf die Ministerposten in einem Koalitionsministerium. Da aber die französischen Arbeiter nach den bisherigen Erfahrungen der Koalitionspolitik, des Ministerialismus, wie die Franzosen sagen, auf die Verräterei sehr scheel sehen, spielen die Blum und Renaudel ihrem Publikum noch eine kleine Komödie vor. Sie lassen sich „vergewaltigen". Sie sträuben sich sittsam gegen eine Koalition. Deshalb erklärt auch Herriot zuversichtlich, daß er ohne sie kein Kabinett bilden wolle, und daß er den 1. Juni abwarte, den Zusammentritt des französischen Parteitages, auf dem die Vernunft siegen werde. Denn heute schon ist klar, **die französischen Sozialdemokraten werden ihrem Lande keinen französischen Ebert und keinen französischen Noske versagen.**

Die deutschen Sozialverräter aber hoffen, mit Hilfe ihrer französischen Brüderchen, noch einmal, wenn auch ganz hinten, aufs Regierungspferd zu kommen. Sie entsandten einen eignen Berichterstatter nach Paris, der ihnen täglich die leidenschaftlichen Wünsche der französischen Bevölkerung nach einer Regierung der deutschen Demokratie, die, die historische Bedeutung des Augenblicks erfassend, in der Stunde, wo in Frankreich eine Linksregierung die Macht ergreifen wird, wo in England eine Regierung Macdonald am Ruder ist, . . . die gleichen Ziele der internationalen Gerechtigkeit der euro-

Bergarbeiterfront unerschütterlich!

Her mit dem gemeinsamen Kampf in beiden Oberschlesien! Reichswehr marschiert gegen die sächsischen Bergarbeiter. — Neuer Kampfkongreß im Ruhrgebiet. — Am Dienstag den Kumpels die Straße!

Der Kampf in Deutsch-Oberschlesien erfährt eine große Ausdehnung durch den unmittelbar bevorstehenden Ausbruch des Kampfes in Polnisch-Oberschlesien. Die dortigen Unternehmer stellen als Mindestforderung 12stündige Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne um 16—30 Prozent. Bei Verhandlungen erklärten sie, daß, wenn ihrem Ansinnen nicht Rechnung getragen werde, sie gezwungen seien, eine Hütte nach der anderen zu schließen.

Der Schlichtungsausschuß hat einen Schiedsspruch gefällt, der für Bergarbeiter eine 12—17%ige, für Eisen- und Hüttenarbeiter eine 19%ige und für die metallurgischen Arbeiter eine 20%ige Lohnverminderung vorsieht.

Die Vertreter der Metallarbeiter haben diesen Schiedsspruch sofort abgelehnt. Die Bergarbeiter werden ihn, soweit sich bisher übersehen läßt, ebenfalls ablehnen, so daß der angekündigte Generalstreik in Polnisch-Oberschlesien in greifbare Nähe getreten ist.

Die Kampflage in Deutsch-Oberschlesien ist unverändert. Sämtliche Bergwerke und Hütten liegen nach wie vor still. Die Kampfstimmung der Arbeiter ist glänzend. Besonders aktiv beteiligen sich nach wie vor die Frauen am Kampf durch Herbeischaffung der Lebensmittel und durch Demonstrationen vor den Rathäusern, um die Behörden zur Abgabe und Verteilung der Lebensmittel zu zwingen.

Treten die Bergleute in Polnisch-Oberschlesien in den Kampf, ist die Erfolgsaussicht um so größer, da dann die Kohlenlieferungen nach Deutschland aufhören.

•

Der Kampf der Bergarbeiter tritt in allen Gebieten in eine neue Phase. Die französischen und belgischen Militärbehörden nehmen im Ruhrgebiet offen den Kampf an der Seite der Thyssen, Krupp und Konsorten auf. Belgische Soldaten haben zusammen mit deutschen Polizisten im Kampf gegen die Arbeiter gestanden, vereint sind sie mit der Waffe gegen die Männer und Frauen vorgegangen. Nach stundenlangem Kampf ist es ihnen gelungen, den heldenhaften Widerstand der Arbeiter und Arbeiterinnen zu überwinden. Die umkämpfte Zeche wird von dem belgischen Militär besetzt gehalten.

Die französischen Behörden und die Micum erklären die Kohlenvorräte im Ruhrgebiet für beschlagnahmt. Sie verlangen von den Arbeitern unter Androhung von Gewaltmaßnahmen die Kohlenproduktion für Gasanstalten, Elektrizitätswerke usw.

Zugleich greift der Kampf in Oberschlesien auf das polnische Gebiet über. Die Arbeiter schicken sich an, den ungeheuerlichen Vorstoß der Unternehmer, die einen Lohnabbau bis zu 30 Prozent und die Einführung des Zwölfstundentages als Mindestleistung verlangen, mit dem Generalstreik zu beantworten.

Mit dem Zusammenschluß der Gegner wächst die Erbitterung der kämpfenden Arbeiter und der ganzen werktätigen Bevölkerung der Kampfgebiete.

Aber der Vortrupp im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und in Sachsen, der mit unerhörtem Opfermut im schärfsten Kampf gegen eine Welt von Feinden steht, erwartet, daß er nicht im Stich gelassen wird von der übrigen Arbeiterschaft Deutschlands. Immer wieder ertönt der Ruf an die **Eisenbahner** und an die **Metallarbeiter im ganzen Reich**, ihre Pflicht zu erfüllen und der geschlossenen deutsch-französisch-belgisch-polnischen Unternehmerfront die geschlossene Front der Arbeiter entgegenzuwerfen.

Jetzt dürfen die Arbeiter Deutschlands nicht mehr warten.

Eisenbahner, Metallarbeiter, tut eure Pflicht! Nach acht Stunden keine Arbeit mehr! Heraus zum Kampf an der Seite der Bergarbeiter!

Neuer Kampfkongreß im Ruhrgebiet.

(Eigener Drahtbericht.)

Düsseldorf, 25. Mai.

Am gestrigen Sonnabend tagte in Essen ein neuer Kampfkongreß der Bergarbeiter, der von 278 Delegierten beschickt war; davon gehörten 60 Prozent der Union an, 20 Prozent dem BAV. und 20 Prozent den Christen, Syndikalisten usw. Der Kongreß nahm vor allen Stellung zu den verräterischen Machenschaften der sozialdemokratischen und christlichen Führer, die gemeinsam mit Mehlich den Bergarbeitern eine längere Arbeitszeit (bei Bezahlung) aufzwingen wollen. Durch einstimmig angenommenen Entschluß werden die Kumpels aufgefordert den Kampf für die Siebenstundenschicht unter Tage und für die Achtstundenschicht über Tage allen Verrätereien zum Trotz fortzuführen. Ein zweiter Aufruf appelliert an die Metallarbeiter, jetzt sofort in gemeinsamer Riesenfront für den Achtstundentag zu kämpfen. Die Delegierten versprachen, den Kampf gegen die Grubenmagnaten mit allerschärfsten Mitteln vorwärts zu treiben.

Der Betriebsrätekongreß beschloß, am Dienstag, den 27. Mai das Bergproletariat zu großen Bergarbeiterstreiks in Duisburg, Gelsenkirchen, Dortmund, Mühlheim aufzurufen. Die Ruhrkumpels werden am 27. Mai für die Siebenstundenschicht, gegen den Faschismus, gegen die sozialdemokratischen und christlichen Verrätereien demonstrieren.

Den Kumpels die Straße!

(Fortsetzung der Meldungen auf der 2. Seite.)

päischen Demokratie und des Weltfriedens verfolge". Im „Vorwärts" kann man diese Ergüsse täglich in vielen Variationen lesen. Die sozialdemokratischen Schreiberlinge in Deutschland nennen die bestellten Drahtberichte zur Wiederingangbringung ihres bankrotten Geschäfts „leidenschaftliche Rufe" des französischen Volkes.

Mittlerweile hat die Mailänder Zusammenkunft der belgischen Minister mit Mussolini der kommenden französischen Außenpolitik schon vorgegriffen. Italien und Belgien wurden sich einig, daß die „schleunige Anwendung des Expertenberichtes als derjenige Lösung des Reparationsproblems, die in der ganzen Welt als geeignetste anerkannt worden sei, und die Verflechtung der Frage der internationalen Schuld in der definitiven Gesamtordnung des Problems den Weg zeige". Für den Fall einer deutschen absichtlichen Nichterfüllung der aus dem Expertenbericht sich ergebenden Bestimmungen läßt Mussolini erklären, daß er sich mit Belgien unterhalten und geeinigt hätte, daß die Herrschaften eine Durchführung für möglich halten. Mussolini, der Scheingegner einer militärischen Besetzung in direkter oder indirekter Form, war immer zu haben für die „Sicherung durch wirtschaftliche Sanktionen."

Die faschistische Einheitsfront Macdonald-Linksblock-Mussolini und versteckte oder offene größte Koalition in Deutschland marschiert! Die Sachverständigenausbeutung kann beginnen. Schon unternehmen die vereinigten Pazifisten und Menschenfreunde den ersten gemeinsamen Vorstoß gegen die Ruhrarbeiterschaft. Das kann aber ihren Bankrott nicht aufhalten.

Nieder mit den faschistischen und menschewistischen Verrätern, nieder mit den Antreibern der gemeinsamen Ausbeuterei des Weltkapitals! Das Wort hat die internationale revolutionäre Arbeiterschaft.

Herriot bildet das Kabinett.

WTB. meldet aus Paris:

„Oeuvre" berichtet, Herriot sei entschlossen, das Kabinett mit den Sozialisten oder ohne sie zu bilden unter dem alleinigen Vorbehalt, daß diese die förmliche Verpflichtung übernähmen, seine Regierung zu unterstützen und einem vorher aufgestellten Programm zum Erfolg zu verhelfen. Wenn die Sozialisten bereit seien, in das Kabinett einzutreten, werde er ihnen einen starken Einfluß einräumen; seien sie nicht dazu bereit, so werde er ein homogenes radikalsoziales Kabinett bilden. 48 Stunden vor dem Zusammentritt des sozialistischen Kongresses am 1. Juni werde der Führer der radikalen Partei den Sozialisten den Wortlaut des Programms mitteilen, das er auf alle Fälle durchzuführen entschlossen sei. Die Sozialisten könnten sich dann in voller Kenntnis der Sache entschließen, ob sie es für opportun hielten, dieses Programm zu unterstützen und an seiner Durchführung gegebenenfalls als Mitglieder der Regierung mitzuarbeiten.

Die französischen Sozialdemokraten werden in offener oder verkappter Koalition mit der imperialistischen Linksbourgeoisie auf Grund des ihnen vorgelegten bürgerlichen Programms eintreten!

Wieder ein faschistischer Mord.

(Eigener Drahtbericht.)

Elberfeld, 24. Mai.

In Vohwinkel verübten Faschisten ein Attentat auf kommunistische Funktionäre. Von der Straße schossen sie durch ein Fenster zwei Arbeiter nieder. Einer erhielt einen Kopfschuß, der andere einen Armschuß. Das feige Gesindel ist unerkannt entkommen. — Wie lange noch wollen sich die Arbeiter von den völkischen Banditen terrorisieren lassen? Wie lange noch?

Essener Verhandlungen gescheitert.

(Eigener Drahtbericht.)

Essen, 24. Mai.

Gestern haben in Essen neue Verhandlungen zum Zweck der Abwehrung des Bergarbeitergroßstreiks stattgefunden. Der berüchtigte sozialdemokratische Schlichter Meßlich versucht, gemeinsam mit den arbeitsgemeinschaftlichen Führern den 10-Stundenarbeitszeitspruch vom 16. Mai den Bergarbeitern aufzuzwingen. Der offene Verrat hat den BAG.-Leuten und ihren übrigen sozialverräterischen Komplizen einigermaßen schwer. Die Verhandlungen sind gescheitert.

Meßlich will nun durch Verbindlichkeitserklärung schärferen Zwang ausüben.

Reichswehr gegen sächsische Bergarbeiter

(Eigener Bericht.)

Chemnitz, 24. Mai.

Laut Berichten, die dem „Kämpfer" zugingen, sind Reichswehrtransporte ins sächsische Bergbaurevier unterwegs. Ganz wie während der Reichswehrexekutive des Herbstes 1923 wird diese sogenannte „Umgruppierung" der Reichswehrtruppen mit Schutzmaßnahmen gegen Rechts begründet.

Zugleich droht die herrschende Ausbeuterklasse durch den Mund ihrer sozialdemokratischen Minister mit Repressalien gegen die streikenden Bergarbeiter und mit Gewaltschlägen gegen die Kommunistische Partei. Mit den altbekannten Lügen werden im ganzen Reich, ebenso wie in Sachsen die neuen Aktionen der kapitalistischen Exekutive gegen das revolutionäre Proletariat vorbereitet. Wir haben am Freitag die Sätze aus dem von dem Exsozialdemokraten Paul Lensch geleiteten Hauptorgan des Stinneskapitals (D. A. Z.) wiedergegeben, in denen die Einsetzung der staatlichen Machtmittel gegen den Massenkampf der Bergarbeiter gefordert wird. Nun besagt eine halbamtliche Meldung aus Dresden:

„Gegenüber den Meldungen, daß die Kommunisten auch in Sachsen in allernächster Zeit wieder größere Putsche planen, kann, wie an maßgeblicher Stelle versichert wird, mitgeteilt werden, daß die Regierung unter allen Umständen dafür sorgen wird, daß den Putschisten der Kommunisten sofort mit allem Nachdruck entgegengetreten wird. Nähere Angaben über Einzelheiten der geplanten Regierungsmaßnahmen jetzt zu machen, verbietet die Situation. (!!)"

Natürlich: „Nähere Angaben können nicht gemacht werden, weil alles Tendenzlüge ist. Wir aber können „nähere Angaben machen"; man halte diese halbamtliche Meldung zusammen mit dem Reichswehreinmarsch im sächsischen Bergbau und man weiß, was vorgeht!

Man weiß auch, welche Rolle dabei die Sozialdemokraten wieder wie im Oktober spielen. Jene halbamtliche Meldung kommt aus der politischen Küche des sozialdemokratischen Innenministers in Sachsen. Und jene „maßgebliche Stelle", das ist er selbst, der Sozialdemokrat Max Müller.

Was ist jetzt zu tun?

Wir müssen uns mit verstärkter Energie und Schnelligkeit rüsten, vorbereiten, zusammenschließen — wir müssen die Massen alarmieren und mobilisieren!

Gegen die Versuche, die Kommunistische Partei erneut zu verbieten, muß sich ein Massenproteststurm erheben, wie ihn die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Lakaien noch nicht erlebt haben.

Gegen die Versuche, die Schlagkraft der Arbeiterschaft durch ein Verbot der Kommunistischen Partei zu lähmen, gilt es, zu rüsten für den Arbeiterkongreß, dessen Einberufung allein der Bourgeoisie schon in die Knochen gefahren ist. Der Arbeiterkongreß soll und muß ein Kampfsignal für die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands werden, in enger Kampfgemeinschaft mit der Kommunistischen Partei den Raub- und Gewaltplänen des deutschen und internationalen Kapitals ein Ende zu machen!

Jetzt heißt es mobilisieren!

Zur Verhaftung des Genossen Maslow

erfahren wir noch:

Genosse Maslow ist durch die Abteilung Ia des sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten Richter verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingeliefert worden. Es soll ein Haftbefehl wegen „Hochverrats" vorliegen.

•

Die Verhaftung des Genossen Maslow liegt in der Linie des verschärften Feldzuges gegen die KPD. Der angebliche Hochverrat ist ein Vorwand, der helfen soll, die KPD. eines führenden Kopfes zu berauben. Diese Verhaftung ist ein Faustschlag in das Gesicht der Partei und der gesamten Arbeiterschaft und — darf nicht stillschweigend hingenommen werden. Wir Kommunisten sagen der Regierung mit aller Deutlichkeit: Hüte Dich, die Kommunisten sind eine Millionenpartei erprobter Klassenkämpfe, die nicht mit sich spaßen läßt. Wir fordern die Arbeiterschaft auf, gegen diesen neuen Anschlag der Regierung Front zu machen, ihr deutlich zu verstehen zu geben, daß sie ihrer Führer nicht vergewaltigen läßt.

Aus allen Betrieben muß der Regierung in die Ohren gellen: Heraus mit Maslow! Und dieser Ruf muß verstärkt werden: **Heraus mit allen politischen proletarischen Gefangenen, die in den Kerkern der Bourgeoisie verfaulen!**

Für alle Parteimitglieder aber ist die Verhaftung Maslows ein weiterer Alarmruf zur verstärkten Arbeit bei der Organisierung der Revolution.

Maslow nach Leipzig verschleppt.

Wie der „Vorwärts", der ja die besten Beziehungen zur Berliner politischen Polizei hat, hämisch mitteilt, soll der verhaftete Genosse Maslow nach Leipzig transportiert werden. Das sozialdemokratische Blatt, dem man den Jubel über die Verhaftung Maslows gar zu deutlich anmerkt, glaubt schon sagen zu können, daß in Maslow die deutsche KPD. „ihren weitaus bedeutendsten Führer verliert". Soll das eine Aufforderung an irgend einen Husaren Runge sein? Das deutsche revolutionäre Proletariat gibt den Genossen Maslow wie die übrigen eingekerkerten Brüder nicht verloren, es wird um ihre Befreiung kämpfen und sie erzwingen!

Gleich den faschistischen Schmutzblättern vom Schlage der „Deutschen Zeitung" bringt auch die Breslauer „Volkswacht" den elenden Schwindel, Genosse Maslow sei „als Taschendieb verhaftet" worden. Wer weiß, wie die politischen Spitzel des gut sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter Tag und Nacht in Rudeln hinter unseren Genossen her sind, wird für die blöde Schmutzerei der „Volkswacht" nur ein Pfui haben. Diese Gemeinheiten sollen den gekauften Arbeiterverrätern nicht vergessen werden!

Immer neue Pressefnebelung.

(Eigener Drahtbericht.)

Remscheid, 24. Mai.

Der Redakteur der „Bergischen Volksstimme" in Remscheid, Genosse Jung, wurde wegen „Vergehens gegen das Republikschutzgesetz" zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

•

Zugleich wird aus Stuttgart berichtet:

In den Räumen der „Süddeutschen Arbeiter-Zeitung" erschien ein Polizeiaufgebot von 12 Mann, beschlagnahmte die Zeitung und verhaftete die Genossen Schwab und Roß. Die württembergische Faschistenregierung unter ihrem eben neugewählten deutschnationalen Bauernbündler Körner wirft einen kommunistischen Redakteur nach dem andern, einen revolutionären Arbeiter nach dem andern ins Gefängnis. Württemberg, Bayern, Schlesien, Ostpreußen, Berlin: überall verdoppelte Schläge der Gewalthaber — Sozialdemokraten an der Spitze — gegen das revolutionäre Proletariat. Auch dies sind Sturmzeichen.

Die Kruppwerke stillgelegt.

30 000 Arbeiter auf der Straße.

Heute werden die Kruppwerke infolge Kohlenmangels stillgelegt. Die etwa 30 000 Mann starke Belegschaft wird der jammervollen Erwerbslosenfürsorge überantwortet.

Die Verwaltung der Dortmunder Union gibt bekannt, daß sie ebenfalls ihre Werke stillzulegen gezwungen ist.

Die auf die Straße gesetzten Arbeiter lehnen es ab, den Bergarbeitern in den Rücken zu fallen. Sie treten offen an die Seite der Bergarbeiter.

Metallarbeiteraussperrung in Berlin.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 24. Mai.

Das Daimler-Motorenwerk hat die Belegschaft ausgesperrt, weil die Schweißer die Arbeit nach 8 Stunden verließen. Bisher wurden 9 Stunden gearbeitet. Es handelt sich um 2000 Mann.

Ebenso ist ein Streik im Akkumulatorenwerk in Oberschöneweide ausgebrochen. Die Gießereiarbeiter sind in den Streik getreten. Die Firma droht mit Aussperrung der gesamten Belegschaft.

Wahlsieg der Kommunisten im weißen Bulgarien.

Bei den bulgarischen Kreiswahlen hat der Kommunistische Block 340 000, der faschistische Regierungsblock und die Sozialdemokraten 45 000 Stimmen erhalten. Trotz des blutigsten Terrors sind die Kommunisten in Bulgarien die weitaus stärkste Partei.

Bei den bulgarischen Landgemeinderatswahlen erhielt die KP. 103 000 Stimmen, der Regierungsblock 313 000, die „Opposition" (zu ihr gehört auch die Sozialdemokratie!) zusammen 80 000.

GOLGATHA.

10 Von Pawel Dorochow.

(In Buchform erschienen im Verlage f. Literat. u. Polit., Wien.)

Eine Abteilung von etwa zwanzig bewaffneten Leuten erschien an der Landungsstelle. Der Aelteste, ein großer schwarzbärtiger Mann, trat in die Kanzlei der Schiffahrtsgesellschaft.

„Kommt der Dampfer bald?"

„In einer Stunde wird er hier sein."

„Wann die Leute hier waren?"

„Vorhin haben sie das. Wieder kommt ihr heut?"

„Aus Sicherheit, wir haben von Bolschewisten gehört."

„Ich dacht's mir ja. Weil hätten hier sonst Soldaten zu sehen."

Die bewaffneten Leute machten sich's in dem Raum bequem ....

Eine Stunde darauf kommt der Dampfer. Der Landungssteg wird hinausgeworfen.

„Halt, rühren euch nicht vom Fleck!"

Zwanzig Gewehre richten sich auf die Herantretenden.

Die Menge flieht zurück.

Der große Schwarzbärtige ging mit fünf seiner Leute auf das Schiff. Geradeaus auf das Oberdeck.

„Ihre Papiere!"

Die Kniee schlotterten, die rechten gestreckten Hände mit den Ausweisen zitterten. Acht Menschen in dunkelgrünen Militärjacken mit Achselklappen an den Schultern führte man vom Dampfer.

„Das Zwischendeck bleibt unbehelligt! Jeder, der will, kann aussteigen!"

Bauern mit Säcken über der Schulter stampften unschlüssig. Ein kleiner Rotbärtiger zwängte sich durch.

„Was sollen wir da rumstehen, sind ja unsere Leute, komm."

„Sieht den Landungssteg ein. Glückliche Reise, Herr Kapitän."

Das Kabinettdicke, rasierte Gesicht verzog sich verächtlich.

„Vorwärts!"

Zwischen den breiten abgeschliffenen Ufern fährt ein Dampfer flußabwärts. In der ersten Klasse sitzen zwei Offiziere in dunkelgrünen Sommerjacken, ein junger Fähnrich, zwei oder drei Damen. In der Ecke, an einem besonderen Tisch, ein großer schwarzbärtiger Mann, ein Kaufmann oder Unternehmer, — trinkt Tee. Vor ihm eine große Kanne mit Wasser, daneben eine kleinere mit Tee, ein Glas, eine Buchschale mit Zucker.

Der Fähnrich kocht vor Wut.

„Aber ich bitte Sie, stellen Sie sich bloß diese Frechheit vor! Bei hellem Tageslicht, in nächster Nähe einer großen Kreisstadt, wird geraubt, geraubt, kein Mensch ist seines Lebens mehr sicher!"

„Ja, die Bolschewisten sind wirklich unverschämt geworden."

„Ach was, Bolschewisten, es sind einfach Räuberbanden! Da ja, man muß ihnen einen kurzen Prozeß machen. Eins, zwei ... und fertig!"

„Haben Sie viele Leute mit?"

„Fünfzig Bajonette. Ach, ich würde mit einem Dutzend meiner Leute mit dem ganzen Gesindel fertig werden."

Der Schwarzbärtige klopfte mit dem Deckel seiner Kanne: „He, Bursche, bring' mir mal noch eine Kanne Tee!"

In Gruppen bestieg eine Menge Bauersleute den Dampfer. Alle hatten Werkzeuge, Beile und Sägen mit.

„Wohin wollt ihr?"

„In Mönchlin sollen wir eine Kirche bauen."

Des Nachts schliefen die Soldaten auf ihren Pritschen, die Gewehre fest an daneben an die Wand gelehnt. Ihnen gegenüber lagen die Tischler, einige auf Bänken, andere auf dem Boden. Trübe schimmern die kleinen Oellampen. An den Pritschen ist es kalt. Vor den Gewehren geht ein Posten auf und ab. Von den Bänken, wo die Tischler schlafen, erhob sich aus dem Haufen von Leibern ein Mann. Gähnte, kratzte sich den Rücken und trat auf den Posten zu.

„Landsmann, wo ist denn hier die Gelegenheit?"

„Geh' geradeaus, dort links im Gang."

Auf dem Rückwege knüpften sie ein Gespräch an.

„Wohin geht's denn?"

„Eine Bande sollen wir fangen. Es sollen hier wo Banditen sein."

„Sind's denn Räuber, daß ihr sie fangen wollt?"

„Ich weiß nicht. Man sagt, es sind Bolschewisten."

„Willst du rauchen?"

Er nahm einen Tabaksbeutel hervor, drehte sich eine Zigarette. Hielt den Beutel dem Posten hin.

„Da nimm, Landsmann."

Der Soldat drehte sich eine Zigarette, beugte sich nieder, um anzurauchen. Der buschige rote Schnurrbart leuchtete auf. Er rauchte an, wollte sich aufrichten. Aber nahbarte Hände packten ihn plötzlich die Kehle zusammen, jemand packte ihn an den Beinen. In einer Sekunde steckte ihm ein Knebel im Mund, Hände und Füße waren gebunden. Die Tischler sprangen auf und griffen nach den Gewehren. Einer von den Soldaten fuhr in die Höhe.

„Rührt euch nicht vom Fleck!"

Zwei Dutzend Gewehre richteten sich gegen die Soldaten.

Der große Schwarzbärtige trat mit drei bewaffneten Leuten an eine der Kajüten der ersten Klasse. Er klopfte:

„Was ist?"

„Herr Leutnant, Ihren Leuten ist ein Unglück passiert."

Der Schlüssel drehte sich, der Fähnrich erschien, nur mit Unterwäsche bekleidet, in der Türspalte. Der Schwarzbärtige — Alexej Petruchin — trat in die Kajüte. Richtete den Revolver auf den Fähnrich.

„Ziehen Sie sich an, Herr Leutnant, Sie haben einen weiten Weg vor sich."

Die Zähne des Offiziers schlugen aufeinander. Er streckte die Hand nach dem Revolver auf dem Tisch aus. Petruchin hielt ihn mit ruhiger Bewegung zurück.

„Lassen Sie das bleiben."

„Wer sind Sie? Ich rufe meine Leute!"

„Ihre Leute sind entwaffnet. Beeilen Sie sich. Wir haben keine Zeit zu verlieren."

Mit zitternden Händen zog sich der Fähnrich Hosen und Stiefel an. Er ärgerte sich über seine Angst, wollte ruhig sein, aber die Kiefern zuckten gegen seinen Willen.

Man führte den Offizier nach unten.

Petruchin trat zum Steuermann. An beiden Seiten tauchten zwei bewaffnete Gestalten aus der Dunkelheit. Petruchin hob den Revolver.

„An das Ufer!"

Der Steuermann verstand. Schmunzelte in seinen breiten Bart. Ruhig antwortete er, wie er dem Kapitän zu antworten pflegte:

„Ans Ufer!"

Der Dampfer wendete langsam. Petruchin stieg auf die Kapitänsbrücke. Neigte sich zum Sprachrohr.

„Langsam! Stopp!"

Der Dampfer stieß gegen den weichen Sandgrund.

Der Landungssteg wurde hinausgeworfen. Man brachte Koffer, Beile, Sägen ans Ufer. Die Gewehre waren noch immer gegen die Soldaten gerichtet. Sie flüsterten leise mit einander:

„Brüder, seid Ihr Bolschewisten?"

„Bolschewisten."

„Wir wollen mit euch gehen, nehmt uns mit ..."

Petruchin trat zu den Soldaten.

„Wer geht mit?"

„Ich! Ich!! Ich auch! Ich!"

Etwa anderthalb Dutzend Soldaten erhoben sich.

„Kommt, nehmt die Koffer mit."

Der Landungssteg wurde zurückgezogen. Die Räder des Dampfers schlugen langsam auf das Wasser auf ....

(Fortsetzung folgt.)

Achtung! Gewerkschaftliche Vertrauensleute!

Am Mittwoch, den 28. Mai, abends 7½ Uhr, findet im großen Saal im Gewerkschaftshause eine Vollversammlung der Vertrauensleute sämtlicher Gewerkschaften statt. Hierzu ersuchen wir alle in Frage kommenden Genossen vollzählig zur Stelle zu sein. Ausweis ist mitzubringen.

Herr Kleibömer schweigt.

Der Breslauer Polizeipräsident, der „Demokrat" Kleibömer, hat unsere Enthüllungen über die Breslauer Justiz- und Schutzhaftschande mit Schweigen beantwortet.

Damit bestätigt Herr Kleibömer, daß alle unsre Angaben über die ungesetzliche, ohne Haftbefehl erfolgte Einkerkerung unserer Genossen Smolka und Fröhlich den Tatsachen entsprechen.

Wir halten daher unsere Behauptung, daß Herr Kleibömer dringend verdächtig ist, sich strafbarer Handlungen gegen die §§ 341 und 348 schuldig gemacht zu haben aufrecht und fordern dringend die sofortige Untersuchung der Angelegenheit!

Im übrigen fragen wir:

Wird der so empfindliche, feinfühlige Herr Polizeipräsident nicht bis zur Untersuchung der ihm zur Last gelegten strafbaren Handlungen sein Amt niederlegen?

Die Tatsache, daß die gesamte Breslauer Presse, von der „Volksstimme" bis zur „Volkswacht" den Fall Kleibömer tot zu schweigen sucht, läßt darauf schließen, daß die Behörden bestrebt sind, „im Staatsinteresse" die Sache zu vertuschen.

Wären die Gebrandmarkten in der Lage unsere Anschuldigungen auch nur einigermaßen zu entkräften, so hätte sich Herr Kleibömer längst seines Dementierapparates und seiner Leibschmöcke bedient.

Aber es gibt Beweise, die so hieb- und stichfest sind, daß sie alle raffinierten amtlichen Dementierungskünste nicht erschüttern werden können.

Um Herrn Kleibömer die Zunge zu lösen, werden die schlesischen kommunistischen Abgeordneten den Fall Kleibömer im Reichstag behandeln.

Der „Große Oderpreis" in Grüneiche.

Der Verein für Radrennen veranstaltet am Sonntag, den 8. Juni seinen dritten Renntag und wartet diesmal mit einem gemischten, vorzüglich ausgewählten Programm auf.

Die Herren der Sturzkappe treffen sich in einem 20 Kilometer Rekordfahren sowie einem Stundenrennen um den „Großen Oderpreis". Es starten hierin der frühere deutsche Meister und Bahnmatador Paul Thomas mit seinem Schrittmacher Hüttenrauch, der Schweizer Meisterfahrer Henry Wegmann, hinter der Führung Werner Krügers, der mehrfache holländische Meister Cornelius Bleekmolen, der hinter Christian Junggeburth, dem früheren Schrittmacher unseres Paul Thomas, an den Start kommt, sowie der aufstrebende Breslauer Paul Schubert mit seinem Bruder Karl. Als fünfter Fahrer ist in dieses Feld noch in letzter Stunde der tschechische Meisterfahrer Max Martin hinter dem Schrittmacher Helbig verpflichtet worden, der hier in Breslau sein Trainingsquartier aufgeschlagen hat.

Für die Flieger sind ein Hauptfahren, ein Prämienfahren und ein Vorgabefahren sowie ein Entschädigungsfahren für die Unplazierten vorgesehen. Diese Rennen haben mit dem Leiter der Breslauer Trainierschule Henry Meyer, den Berlinern Hahn, Tietz und Peter, dem Hannoveraner Ostermeier, dem Nürnberger Herbst, den Leipzigern Kirbach und Kirsten, dem Magdeburger Jankowski, dem Breslauer Fritz Knappke und weiteren 30 Fliegern eine glänzende Besetzung gefunden und versprechen scharfe Endkämpfe. Die Amateure treffen sich in einem Punktefahren über 8 Runden wo in Abwesenheit von Heidenreich und Wickel, die in Köln in einem Länderkampf gegen Holland starten, Namen wie Rieger, Böhm, Kiehlich, Zebler, Spaniel, Kunze u. a. hervorragen.

Aus der Provinz.

Achtung! Siedler!

Der deutschnationale Graf Kanitz, der als Rittergutsbesitzer, Landbundjunker und als Reichsernährungs- und Landwirtschaftsminister die Interessen des Reichslandbundes zu vertreten hat, hat sich in der Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und für Berlin über die Siedlungsfrage folgendermaßen geäußert:

„In der Siedlungsgesetzgebung soll man vorläufig im Interesse der Produktionsförderung am besten gar nichts tun. Die Enteignung von Kulturland müsse unbedingt begrenzt werden, denn sie sei ebenso eine Torheit und schließlich ein Verbrechen an der Volksernährung."

Graf Kanitz schloß seine Rede mit den Worten:

„Dem neuen Reichstag, dem ich mit meinen Ausführungen ein Agrarprogramm an die Hand geben wollte, rufe ich zu: Schnell an die Arbeit! Hüte und erhalte die heimische Scholle (die Scholle der Großagrarier, die Red.), das heiligste und wertvollste Gut der Nation."

Das ist die Siedlungsfreudigkeit der deutschnationalen Junker und Landbündler. Die Siedler, die Land zum Siedeln verlangen, sind vom Minister Kanitz als Verbrecher bezeichnet worden. Ewig können die Siedler auf Siedlungsland warten, wenn sie sich den deutschnationalen Demagogen anvertrauen. Los von diesem deutschnationalen Landbund! Schließt Euch zu Siedlerorganisationen zusammen und sagt diesen deutschnationalen Landbündlern den Kampf an!

Oppeln. Sabotage des ADGB. „Sabotage der Bergarbeiterbewegung" betitelt sich ein Artikel in der letzten Nummer der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung". Ich möchte dem hinzufügen: Auch bei uns stand vor kurzer Zeit in einer Kartellsitzung die Frage der Ausgabe von Sammellisten für die streikenden Bergarbeiter auf der Tagesordnung. Die Ausgabe der ADGB.-Sammellisten wurde abgelehnt, ohne Anweisung einer „Moskauer" Stelle, aus der einfachen Erkenntnis heraus, daß durch den Mißkredit, den der ADGB. bei der gesamten Arbeiterschaft, ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht, besitzt, auf diese Listen nicht gezeichnet wird und die kämpfenden Proleten dabei die Leidtragenden sein würden. Selbst wenn also der ADGB. den ehrlichen Willen hätte, die gesammelten Gelder restlos an die Streikenden abzuführen, wäre aus oben bezeichnetem Grunde der Erfolg ein so geringer, daß bei uns von der Sammeltätigkeit des ADGB. Abstand genommen werden mußte. Beispiele aus nicht allzu weit zurückliegender Zeit, wo selbst SPD.-Vertrauensleute Sammellisten dieser Art, in dem Bewußtsein, daß auf diese Listen nicht gezeichnet wird, acht Tage in der Tasche trugen und wieder leer ablieferten, waren das beste Motiv unserer Ablehnung. Die Betriebsräte und ihre Vertrauensleute haben die Sammeltätigkeit in die Hand genommen und sie werden sie zu unserer Zufriedenheit, wie bisher, ausführen. Dessen sind wir gewiß! So, wie ich hier bei uns diese Feststellung gemacht habe, dürfte diese sich auch auf die übergroße Mehrzahl der Betriebe im Reiche beziehen. Der Verdienst des ADGB. ist der KPD. gegenüber demnach nicht angebracht.

Wir empfehlen also dem ADGB., sich reumütig an die Brust zu schlagen und zu rufen: „mea culpa" (meine Schuld).

— Fort mit Mietzinssteuer. Die Mietzinssteuer belastet die Mieter nicht nur unsozial, sondern sie ist auch, wie die Praxis gezeigt hat, bei gleichwertigen Räumen so verschieden hoch, daß die größten Ungerechtigkeiten entstehen. Es sind Fälle bekannt, wo die Mietszinssteuer bis zu 50 Proz. der Friedensmiete beträgt, in anderen Fällen geht diese bis zu 15 Proz. herunter. Preußen erhält z. B. das Vierfache der staatlichen Grundvermögenssteuer als Mietszinssteuer. Die Trennung der Gartenflächen von den Gebäuden ist vielfach nicht durchgeführt, so daß also die Mieter für den Hauseigentümer, wenn der Garten in seinem Besitz ist, die Mietszinssteuer tragen. Viele Mieter wissen nicht, daß sie das Recht haben, beim Mieteinigungsamt die Festsetzung der Friedensmiete auch für die Räume des Vermieters zu beantragen, einschließlich der Gartennutzung. Tun sie das nicht, so werden sie, wie früher, durch die Umlagen zu hoch belastet, indem sie Beträge mitbezahlen, die eigentlich der Vermieter zu tragen hat. Ein Einspruch des Vermieters kann sich nicht gegen die zu hohe Grundvermögenssteuer richten und somit wird die zu hohe Grundvermögenssteuer vervielfacht, die dann die Mieter tragen.

Diese wenigen Andeutungen zeigen schon zur Genüge die Unhaltbarkeit der Mietszinssteuer, ganz abgesehen von den schweren grundsätzlichen Bedenken. Die Mietszinssteuer ist überflüssig, weil auch ohne ihre Erhebung ein Fehlbetrag im Staatshaushalt nicht vorhanden sein wird.

Nach dem Ausweis über die Finanzgebarung des Reiches vom 20. April d. Js. hat das Reich im Monat März einen Einnahmen-Ueberschuß von 92,6 Millionen Mark, in der Zeit vom 1. bis 20. April einen Einnahmen-Ueberschuß von 51,8 Millionen Mark erzielt. Die Einkommen- und Körperschaftssteuer brachten schon im März einen Ueberschuß von 62 Millionen Mark, so daß den Ländern ein Ueberschuß von 62 Millionen Mark (gleich 90 Prozent) in einem Monat an Mehreinnahmen zugeflossen sind. Es darf angenommen werden, daß das Reich und die Länder im kommenden Statjahr ebenso „vorsichtig" ihre Haushalte aufbauen werden, so daß also die Mietzinssteuer entbehrlich ist. Unseres Erachtens dient diese Steuer nur der Anbahnung der freien Wohnungswirtschaft. Umsomehr muß die Aufhebung gefordert werden. Selbst in Kreisen, die keineswegs „radikal" sind, gewinnt die Ueberzeugung Boden, daß die Mietzinssteuer die Produktion und die Lebenshaltung verteuert und zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit beiträgt.

Alle Lasten den Besitzlosen, daß ist die Tendenz der Regierungen Deutschlands. Die Mieterschutzvereine werden in den nächsten Tagen in öffentlichen Protestversammlungen dazu Stellung nehmen müssen, wenn sie nicht mittellos allen Belastungen, die auf sie abgewälzt werden, zusehen wollen.

R. L. u. B. d. A. d. M. 3.

Langwaltersdorf. Sozialdemokratische Methoden. Ein Genosse schreibt uns: In der Bergwacht vom 15. Mai werde ich als Mandatsjäger übelster Art hingestellt. Hierzu fühle ich mich veranlaßt, folgendes zu antworten. In erster Linie muß ich den Schwindler von Artikelschreiber fragen, ob er in der Versammlung geschlafen hat. Ich erkläre keinen Ton, von dem, was in den sieben oder acht Zeilen steht, habe ich gesagt. Ich habe nur den Antrag erhoben, daß der

Heinrich Geyer
OPPELN • Ecke Ring 25
Herren-Artikel, Wäsche
Manufaktur-, Kurz- und Modewaren

SCHUFTAN & SCHERNEY
Telephon Nr. 876 OPPELN Nikolaistrasse 10-12
Kurz-, Weiss- und Wollwaren
Detail Engros Detail Engros

OPPELN

Herren-Artikel
Kurz- und Wollwaren
Ia Qualität bei billigen Preisen
Spezialität:
Damenflor-, Maccostrümpfe
empfiehlt
Paul Brylla, Oppeln
Oderstraße 25. Telefon 616.

J. Krutschek / Inhaber Georg Krutschek
Oppeln :: Krakauer Straße 8
Eisenwarenhandlung
Haus- und Küchengeräte / Spezialität: Werkzeuge

Carl Poppelauer Nachfl.
OPPELN — RING 10
Manufaktur-, Modewaren und Leinen

Möbel- und Polsterwaren-Geschäft
Karl Warkus
Oppeln, Regierungsplatz 3.
vis-à-vis der ev. Kirche
Aufmachung von
Gardinen, Storen und Portieren
Eigene Polsterwerkstatt

Samuel Gurassa
Manufakturwaren
Oppeln, Ecke Ring

Tapezierer und Dekorateur
Neuanfertigung und Umarbeitung von Polstermöbeln.
Fertige Polstermöbel in bester Ausführung ständig auf Lager
Robert Libor
Oppeln, Adalbertstraße 11

Gebrüder Bacia
Oppeln
Tabakwaren-Großhandlung

J. NEBEL, OPPELN
gegenüber der Regierung Fernsprecher 202
Großes Lager in Kleiderstoffen, Seiden, Züchen, Damasten, Linons, Inletts, Gardinen, Tücher, Damen-Wäsche u. s. w.
Streng reelle Bedienung! Billige Preise!

Jos. Herzog
vormals Felgenhauer
Eisenhandlung
Oppeln, Karlstraße Nr. 9

MAX KARLINER
Oppeln O.S. :-: Zimmerstraße Nr. 6
Strumpfwaren, Arbeiterbekleidung
Wäsche, Trikotagen, Kurzwaren
Billigste Bezugsquelle
für Händler, Hausierer und Wiederverkäufer

Johannes Konietzko
Oppeln Ring 12
Woll-, Weiss- u. Kurzwaren
Im Gross- und Kleinhandel
Paramenten- u. Fahnenstickerei

Spezial-Geschäft für Arbeiter-Bekleidung
MAX REISNER
Oppeln : Sebastianplatz Nr. 14
An- und Verkauf neuer und getragener Bekleidungsstücke

Ihren Bedarf an
Schuhwaren jeder Art, sowie
Sohlen- und Ober-Leder, Schäfte
und Schuhmacher-Bedarfs-Artikel
decken Sie am vorteilhaftesten bei
Adolf Böhm
vormals M. Kostewsky
Schuh- und Leder-Handlung
Nikolaistraße 9.

Zigaretten
Zigarren
Tabake
Paul Rother
Oppeln
Krakauer Straße Nr. 45

Eugen Goldmann
Oppeln, Ring 11
Damen-Konfektion

Salo Lewy
Inh. Jos. Proskauer
Ring 28 Oppeln Ring 28
Kurz-, Weiss- u. Wollwaren
Damen-Putz

S. Scheyer
Mühlenfabrikate
Kolonialwarengroßhandlung
Oppeln

Vorstand des Knappschaftsvereins aus der Arbeiterschaft gewählt werden muß. Weiter heißt es, gekränkt wie eine bayrische Leberwurst, suchte nun Kunze im Kreise seiner Mißvergnügten nach geeigneten Vertretern für seinen Vorschlag. Ich erkläre, daß ich von Sprengelmitgliedern gefragt worden bin, ob ich das Amt als Knappschaftsältester übernehmen würde. Daraus folgerte ich, daß die Mitglieder unseres Sprengels an der Spitze keinen Reformisten haben wollen.

Dann heißt es: Es gelang ihm auch, Unterschriften mit Hilfe der Unorganisierten und Unionisten zusammenzubringen.

Dazu sage ich, wenn die Unorganisierten Beiträge bezahlen können, so steht ihnen auch zu, eine Vorschlagsliste einzureichen. Ich frage Euch, Unorganisierte, warum seid Ihr aus den Gewerkschaften ausgetreten? Hat Euch der Kommunist Adam oder ich (Kunze) herausgeholt? Ich habe Freude gehabt, als mehrere Kameraden durch mich wieder zurückgingen in den BAB.

Jetzt kommt das Interessanteste, nämlich das Ausschlußverfahren aus dem BAB. Es heißt dort wörtlich: Kunze und Diejenigen seines Anhangs, die Mitglieder des BAB. waren, haben sich damit außerhalb der Organisation gestellt und das Anrecht verwirkt, weiter Mitglieder des BAB. zu bleiben.

Endlich haben sie ein Mittel gefunden, um den Beschluß des BAB. in die Tat umsetzen zu können, hat doch ein Hans Weißmann von der Auenstraße am 18. 8., als ich mit noch zwei Kumpels wegen meiner Entlassung vorsprach, erklärt, solange ich und meine zwei Kumpels in der Organisation und im Betriebe sind, haben die Herren von der Auenstraße keine Ruhe. Ich sage aber Euch Herren vom BAB., Zahlstelle Langwaltersdorf, ich werde in jeder Zahlstellenversammlung vertreten sein und nur der Gewalt weichen.

Bergarbeiter von Langwaltersdorf, wollt Ihr zugeben, daß einer, der seine Opfer scheut im Interesse der Arbeiterschaft, aus dem BAB. ausgeschlossen werde? Ich frage Euch, wer hat das Recht auszuschließen, der Vorstand oder Ihr Mitglieder und rufe Euch allen zu: bleibt trotzdem in der Organisation und sorgt dafür, daß mit dieser Taktik schnellstens aufgeräumt wird.

Hermann Kunze.

Kotzenau. Das „Schützenfest". Durch große Reklame, große Reden und anderes mehr wurde das Fest ausposaunt. Am letzten Sonntage begann es; mit Trara wurden diese auswärtigen „Gäste"; besser gesagt Geldprotzen, vom Bahnhof abgeholt. Nachmittags begann das eigentliche Fest. Die Uhr schlug 1 und man mußte staunen, denn ein Murmeln geht durch die Menschenmenge: der Festzug kommt, aber ach, ohne Schützen. Jetzt sehen wir den Zug an uns vorüberziehen: neun Festwagen mit außerordentlichem Gepräge. Zuerst die glorreiche Germania mit Schild und Schwert, also für den Krieg ausgerüstet. Hinterher, im Gänsemarsch, die anderen Herrlichkeiten. Aber, was muß man leider sehen: Arbeiter! Sie gaben sich mit Freuden diesem Rummel der Geldprotzen hin. Der Schweiß lief ihnen die Wangen herab, so schwer waren die schönen, schneidigen Uniformen. Wenn ihr nichts davon gehabt, dann habt wenigstens von unserer Seite Dank. Das nächstmal werdet Ihr vielleicht nicht mehr so freudestrahlend in die Schnitzlöfen kriechen. Dann spielte die Kapelle auf dem Ringe ihre letzten Erinnerungen aus der schönen Kaiserzeit. Nachher ging's zum Schützenhaus (jetzt gingen sämtliche Teilnehmer mit), vorbei an Opfern des Krieges, welche in der Hitze saßen und schmachteten. Da konnte man wieder etwas beobachten: die Proletarier, die spazieren gingen, brachten ihre letzten, nach Schweiß riechenden Groschen her; die Herren Ausbeuter und andere Gestalten liefen, was sie laufen konnten zum Schießstand, um ihre „letzten Groschen" zu verbuldern. In einer Stunde rochen sie vor Hitze so nach — Tier, daß man sich eine Schutzmaske hätte aufsetzen mögen.

Liebau. Faschistenrummel. Auch in Liebau will man ein Blutbad provozieren, es soll hier eine Bannerweihe des „Stahlhelm" stattfinden. Ausführliches wird später berichtet. Nur die Stellungnahme der VSPD.-Kollegen in der außerordentlichen Kartellsitzung, die sich damit befaßte, soll beleuchtet werden: „Kollege Buckert, Schriftführer des Holzarbeiterverbandes, sagte: „Wir klären die Leute auf, nicht hingehen, richten Schreiben an die Behörden, an Severing, marschieren die Stahlhelmer aber trotzdem mit oder ohne Verbot, so um Gotteswillen keine Demonstration die als Provokation aufgefaßt werden könnte, wir lehnen jede Verantwortung ab." Er hätte dies nicht zu sagen brauchen, wir kannten unsere Pappenheimer und drücken doch einen Beschluß nach längerem Hin und Her im gegenteiligen Sinne durch. Die Oberhäuptlinge der hiesigen VSPD.-Gruppe hatten überhaupt durch Abwesenheit geglänzt.

Literatur.

Der „Verbandsarbeiter" Heft 2.

Die Grundfragen der illegalen Verbandsarbeit.

Gutschow.

In den letzten fünf Jahren haben die kommunistischen Jugendverbände auf dem Gebiete illegaler Arbeit viele Erfahrungen gesammelt, die bis jetzt gar nicht oder nur sehr unvollkommen verarbeitet und nutzbar gemacht wurden. Diese Lücke, die sich in unserer „bewegten" Zeit besonders fühlbar macht, auszufüllen, ist das Ziel einer Broschüre, die unter dem Titel „Die Grundfragen der illegalen Verbandsarbeit" erschienen ist. Gutschow sagt, daß seine Schrift ein erster Versuch ist und daß es notwendig ist, noch viel systematischer und gründlicher die Methoden der illegalen Arbeit zu studieren und zu verbessern, gibt er doch ganz bestimmte und korrekte Anweisungen und Fingerzeige, nach denen sich unsere Genossen richten sollen. — Sehr eingehend behandelt der Verfasser beispielsweise die Arbeit der Betriebszellen in der Illegalität. Er zeigt, wie die Betriebszellen arbeiten müssen, um sich und die Organisation als Ganzes zu schützen, ohne die Arbeit unter den Massen aufzugeben, ja, diese Arbeit noch zu vertiefen und den Einfluß der KJ. zu vertiefen. Er schildert weiter, wie wir bei Verbot unserer Organisation es anstellen müssen, in legalen Organisationen der Arbeiterjugend als illegale Organisationen zu wirken und uns so trotz aller Verfolgungen in der Oeffentlichkeit behaupten. Einen breiten Raum nimmt in der Broschüre noch das Liquidationsproblem ein, daß ja heute beim Niedergang einer revolutionären Welle zeigt und das mit aller Kraft zu bekämpfen Pflicht eines jeden Jungkommunisten ist. — Zum Schluß gibt Gutschow noch Richtlinien für die praktische Arbeit in der Organisation, Verschwiegenheitspflicht bei Haussuchungen und Verhaftungen vervollständigen das Büchlein, das jeder Genosse unbedingt lesen muß.

Diese Broschüre, 63 Seiten stark, kostet 30 Pfg. und ist bei Beim Funktionär der Kommunistischen Jugend erhältlich oder direkt zu beziehen beim Verlag der Jugendinternationale in der Komm. Arbeiterbuchhandlung, Wien VIII, Alserstr. 69.

An die kommunistische Jugend in Schlesien!

Zu Pfingsten wird die kommunistische Jugend Schlesiens durch einen gewaltigen Massenaufmarsch ihren Ausbeutern beweisen, daß sie trotz aller Verbote, Verfolgungen und Verhaftungen in den Herzen von Tausenden jungen Arbeitern lebt, in denen sie den heiligen Willen zum Sturze der kapitalistischen Herrschaft entfacht hat, und sie wird der schlesischen Arbeiterklasse zeigen, daß sie, wie in den vergangenen Zeiten, so auch in der Zukunft an der ersten Stelle des proletarischen Klassenkampfes stehen wird.

In Oberschlesien, das jetzt bis in den Grund erschüttert wird von dem Sturm der proletarischen Massenkämpfe, während die kämpfenden Jungarbeiter, auf die die ganze Arbeiterjugend Deutschlands als ihre Preisfechter schaut, zusammenstehen, um in Hindenburg gegen Hindenburg, gegen den Faschismus, für die proletarische Revolution, für die deutsche Räterepublik zu demonstrieren. In Mittelschlesien wird Wüstegiersdorf der Ort sein, wo deutsche und tschechoslowakische Jungarbeiter sich über alle Grenzpfähle hinweg die Hände reichen mit dem Bewußtsein, Soldaten in derselben Kampfarmee des internationalen Proletariats gegen das Weltkapital zu sein, und die niederschlesischen Jungarbeiter werden Bunzlau zum Aufmarschort wählen, um zu beweisen, daß mitten in den Hochburgen des deutschen Faschismus das Gespenst des Kommunismus herumgeht. Parteigenossen und Arbeiter Schlesiens! Wir fordern euch auf, an diesen internationalen Zusammenkünften alle zu erscheinen, um den Aufmarsch des Jungproletariats zu wuchtigen, machtvollen Kampfdemonstrationen werden zu lassen

gegen den Faschismus,
gegen die demokratische Ebert-Republik,
für die Diktatur des Proletariats!

Chronik des weißen Terrors.

Vor einem Justizmord in München.

Aus den Kasematten der bayrischen Festung Niederschönenfeld kommt ein Alarmruf: Der Dichter Erich Mühsam der wegen Teilnahme an der bayrischen Räterepublik zu 15 Jahren Festung verurteilt wurde, und noch zehn Jahre dieser unmenschlichen Strafe abzubüßen hat, ist schwer erkrankt. Bereits vor zwei Jahren zeigten sich bei ihm Symptome der Arterienverkalkung. Die Sklerose ist im Gehör bereits soweit vorgeschritten, daß Mühsam auf dem linken Ohr vollkommen taub ist und auf dem rechten teilweise. Seit kurzem ist er von starken Schwindelanfällen befallen, die wie Dr. Hans Mühsam feststellte, von einer Herzneurose herrühren. Dieser sowieso schon besorgniserregende Zustand wird verschlimmert dadurch, daß Erich Mühsam jede ärztliche Behandlung fehlt. Ebenso wie alle Festungsgefangenen lehnt auch Mühsam eine Behandlung durch den Gefängnisarzt Dr. Steindel ab. Dieser Steindel ist der Typus jenes zaristischen Gefängnisarztes Dr. Rychlinski, der sich kürzlich vor dem obersten Revolutionstribunal zu verantworten hatte, weil er, wie er selbst vor Gericht bekannte, „mich bei meinem ärztlichen Dienst im Gefängnis gegen die Gefangenen brutal und gleichgültig verhalten habe". Der bayrische Rychlinski — Dr. Steindel — ist jener Arzt, der im Januar 1923, vier Stunden vor dem Tode des Festungsgefangenen Hageneister den Todeskampf als Simulation bezeichnete. Es ist zu verstehen, daß die Festungsgefangenen zu einem Arzt kein Vertrauen haben, der, jedes Mitleidsgefühles bar, sich bei Stellung seiner Diagnose zu 95 Prozent von seiner politischen Gesinnung beeinflussen läßt.

Mühsam verlangt Krankenhausbehandlung. Er wendet sich jetzt durch seine Frau an die Oeffentlichkeit. **Kommt der Dichter Mühsam nicht sofort in ärztliche Behandlung, so muß damit gerechnet werden, daß er im Kerker von seiner schweren Krankheit dahingerafft wird.**

•

Grüße aus dem Lande der proletarischen Freiheit in die Kerker der Weltbourgeoisie.

An den Arbeiten und Sammelaktionen der „Internationalen Roten Hilfe" beteiligt sich besonders aktiv das russische Proletariat. Die russischen Arbeiter und Bauern haben schon zehntausende von Dollar gesammelt zur Unterstützung der Gefangenen der Weltbourgeoisie. Tagtäglich kommen neue Beweise aktivster Solidarität, groß sind die Sympathieerklärungen, staunenswert die Opferbereitschaft. Aus der Fülle der Kundgebungen, die bei Z.-K. der „Internationalen Roten Hilfe" einlaufen, wollen wir heute nur einige veröffentlichen.

Ein russisches Dorf nimmt den Namen eines deutschen Zuchthauses an.

Auszug aus dem Protokoll Nr. 8 der Sitzung des Dorfsowjets von Nikolajew, Kreis Piatigorsk, Gouvernement Terek (Kaukasus).

Behandelt: § 29. Ueber Umbenennung der Kolonie Nikolajewskaja in Kolonie Sonneburg zu Ehren des Patronats der „Internationalen Roten Hilfe" des Gouvernements Terek über das deutsche Gefängnis Sonneburg

Beschlossen: Es wird beschlossen: die Kolonie Nikolajewskaja mit dem heutigen Tage in Kolonie Sonneburg umzunennen und den Kreisausschuß um Bestätigung dieses Beschlusses zu ersuchen.

Die Bauern von Nikolajewskaja tragen den Namen eines deutschen Zuchthauses mit Stolz und in dem Bewußtsein engster Solidarität mit den deutschen Kameraden, die hinter den Kerkermauern schmachten.

•

Zerreißt die Ketten der Sklaverei.

Der 6. Tulaer Gouvernementskongreß der Arbeiter der kommunalen Wirtschaft ersucht das Z.-K. der „Internationalen Roten Hilfe", allen Gefangenen des Kapitals die wärmsten Grüße zu übermitteln. Zerreißt die Ketten der Sklaverei! Ihr westlichen Brüder, die Ihr noch in Freiheit lebt, helft Euren Brüdern im Kerker die Ketten zerreißen. Macht die höchsten Anstrengungen, laßt sie nicht länger schmachten. Wir werden im Geiste bei Euch sein!

Der Kongreß beschließt, sich an alle Mitglieder des Bundes zu wenden, damit dieselben als Mitglieder der „Roten Hilfe" beitreten.

Nieder mit den kapitalistischen Kerkermeistern!

•

An die Gefangenen in Niederschönenfeld.

Tapfere Kameraden!

Um Euch aufzurichten, wollen wir Euch heute einen Gruß schicken. Wir wissen, was Ihr im Kerker erleiden müßt. Wir können uns in Eure Lage sehr gut hineindenken, denn die meisten unter uns haben das alles auch durchgemacht. Haltet aus! Eure Brüder auf der Straße haben sich schon in Marsch gesetzt, von fern her grollt der Donner der Revolution, bald fallen die Ketten, Ihr seid frei und könnt Rache nehmen an Euren Henkern, wie wir das heute tun können. Die Stunde der Vergeltung naht.

Es leben die Festungsgefangenen in Niederschönenfeld!
Es lebe die internationale Solidarität!

Mit brüderlichem Gruß!
Die Zelle der „Roten Hilfe"
bei der Städt. Hefefabrik in Wjatka.

•

Hungerstreik in Niederschönenfeld.

Wie wir aus Niederschönefeld erfahren, sind dort seit Dienstag sechs kommunistische Schutzhaftgefangene in den Hungerstreik getreten.

Unter diesen sechs Gefangenen befinden sich die Genossen Helmuth Gastl, Karl Meier, und Hofrichter aus München, die schon seit Oktober in Niederschönefeld eine vollkommene widerrechtliche Freiheitsberaubung erfahren. Sogar das Bayrische Volksgericht mußte gegen diese Genossen die Hochverratsklage und die Anklage wegen Beihilfe bei Sprengstoffvergehen fallen lassen.

•

Terror in Rumänien.

Die Terrorisierung der Revolutionäre durch die Siguranza (politische Polizei) geht weiter. So wurden nach einer Meldung aus Bukarest vom 3. Mai in Braila mehrere, größtenteils siebenbürgische Arbeiter verhaftet unter der Beschuldigung, gegen die Sicherheit des Staates ein Komplott geschmiedet zu haben. In Wahrheit handelte es sich um die Beschlagnahme von Gedenkblättern zum 1. Mai, die in einer Provinzdruckerei gedruckt werden sollten. Als die Verhafteten sich weigerten, die von der Siguranza schon vorher fabrizierten „Geständnisse" mit ihrer Unterschrift zu versehen, wurden sie alle blutig geschlagen und in Ketten, unter starker Gendarmeriebegleitung nach Bukarest gebracht. Zu gleicher Zeit fanden in Siebenbürgen und im Banat Haussuchungen und Massenverhaftungen statt. In Mediasch wurden vier Genossen verhaftet, die man beschuldigt, für den 1. Mai ein staatsgefährliches Komplott geplant zu haben.

Wie das rumänische Blatt „Dimineatsa" vom 2. Mai mitteilt, haben die rumänischen Kameraden ihren Hungerstreik nach 16 Tagen abgebrochen, nachdem sie erreicht hatten, daß ihnen mitgeteilt wurde, warum man sie verhaftet hatte. Sie sollen ein Komplott gegen die Sicherheit des Staates gebildet haben.

•

Zunehmender Polizeiterror im Saargebiet.

Wie die „Arbeiterzeitung" in Saarbrücken vom 7. Mai mitteilt, ist in der letzten Zeit eine größere Polizeiaktion gegen die saarländische Arbeiterschaft eingeleitet worden. Zu diesem Zwecke ist die Gendarmerie um 400 Mann erhöht worden und beträgt somit im Saargebiet 755 Mann. Bei Arbeitern sind zahlreiche Haussuchungen vorgenommen worden. Die Ursache scheint in der Hauptsache ein Spitzelbericht zu sein, nach welchem Kommunisten aus St. Arnual beabsichtigt haben sollen, ein Attentat auf den Polizeimajor Dörffert zu machen. Es wurden keinerlei Waffen gefunden. Die „Arbeiterzeitung" meint, daß diese Waffensucherei nur ein vorgeschobener Grund sei, um die anläßlich der Maidemonstration verhafteten Genossen noch weiterhin in Haft behalten zu können und Polizeikräfte genug zu haben, um unter der neuen französisch-deutschen Kapitalisten-Allianz einen verschärften Druck auch auf die saarländische Arbeiterschaft ausüben zu können. Die am 1. Mai verhafteten Arbeiter befinden sich noch immer in Haft. Die Betriebe haben verschiedentlich Delegierte zum Polizeipräsidenten geschickt. Die Arbeiterschaft von Saarbrücken fordert energisch die **Freilassung der politischen Gefangenen.**

•

Hungerstreik in den Kasematten von Mainz.

In den Kasematten der alten deutschen Festung Mainz schmachten mehr als hundert deutsche Arbeiter aus dem besetzten Gebiet sowie Soldaten von den französischen Besatzungstruppen. Am 1. Mai hätten sich die Gefangenen vorgenommen, an einer Manifestation der Arbeiterschaft teilzunehmen. Zur Stunde des Umzuges sind sie heruntergegangen und eine leuchtende rote Rose im Knopfloch, haben sie hinter der Wache ein begeistertes deutsches Hurra geschrien. Wegen dieses „Verbrechens" hat die Gefängnisdirektion sofort schwere Sanktionen ergriffen. Während eines ganzen Monats sind alle Besuche und Pakete, selbst die von der „Roten Hilfe" und vom Roten Kreuz, verboten. Fünf Revolutionäre, die von den deutschen Nationalisten als Rädelsführer denunziert worden waren, wurden für einen Monat in Dunkelarrest gebracht. Darauf hin sind 100 Gefangene in den Hungerstreik getreten. Darunter befinden sich auch 15 französische Soldaten, die man eingesperrt hat, weil sie sich mit dem Ruhrproletariat solidarisierten und kommunistische Zeitungen gelesen hatten. „L'Humanite" vom 10. Mai teilt mit, daß aus den verschiedensten Frontabschnitten der Besatzungstruppen Solidaritätskundgebungen mit dem im Hungerstreik befindlichen Kameraden kommen.

Arbeiter aller Länder! Schließt Euch zusammen zur Kampffront für eine Amnestie aller politischen Gefangenen.
Sammelt unermüdlich für die „Rote Hilfe".

Togal

hervorragend bewährt bei: 791

Gicht, Rheuma, Ischias,

Grippe, Nerven- und Kopfschmerzen.

Togal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus. Klinisch erprobt. — In allen Apotheken erhältlich.

Best. 643% Acid acet. salic., 0406% Chinin. 12,6% Lithium ad 100 Amylum.

Verantwortlich für den gesamten Text: Robert Schulz, Breslau. Inserate: Max Zschocher, Breslau. — Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien eGmbH., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Jede Hausfrau spart, wenn sie den Einkauf zu ihrem Waschtage vorher im 727

Seifenhaus Lachmann

Beuthen O.-S., Lange Straße Nr. 42, Ecke Klosterstraße, besorgt.

Fort mit dem Sachverständigen-Gutachten!

Ein Antrag der KPD. im Preußischen Landtag.

Die Genossen Dr. Meyer (Ostpreußen) und Rosi Wolfstein haben im Preußischen Landtag folgenden Urantrag gestellt:

„Einflußreiche kapitalistische Kreise in Deutschland wollen auf der Grundlage der Sachverständigengutachten von Dawes und Mac Kenna zu einem Reparationsübereinkommen mit dem Ententekapital gelangen. Damit wollen die Kapitalisten das arbeitende deutsche Volk unterwerfen. Die Reichsregierung und die sie stützenden bürgerlichen Parteien sowie die Sozialdemokratie haben bereits ihre Zustimmung ausgesprochen. Großindustrie und Großgrundbesitz wollen gemeinsam mit der Hochfinanz alle Reparationslasten restlos auf die Werktätigen abwälzen. Die großkapitalistischen Räuber suchen ihren Zweck vornehmlich zu erreichen durch:

Vernichtung des Achtstundentages, ungemessene Verlängerung der Arbeitszeit, Zerstörung des Koalitionsrechts und der Organisationen der Arbeiter;

Abbau der Rechte der Betriebsräte und der Sozialpolitik, Herabdrückung der Löhne und Gehälter;

ungeheure Steigerung der Steuerlasten auf die werktätige Bevölkerung;

Preissteigerung für alle Gegenstände des Massenkonsums.

Das kapitalistische Unternehmertum geht auf der ganzen Linie zur Durchführung seiner Pläne voran, wie die ungeheure Streik- und Aussperrungswelle beweist:

Im Ruhrgebiet hat das profitgierige Unternehmertum 400 000 Bergarbeiter in den Streik getrieben. Infolge des Bergarbeiterkampfes droht die unmittelbare Gefahr, daß weitere Hunderttausende Metallarbeiter aufs Straßenpflaster geworfen werden.

In Oberschlesien haben die Unternehmer etwa 150 000 Gruben- und Metallarbeiter durch ihre schamlose Lohnpolitik zum Streik provoziert.

In den mitteldeutschen Gebieten kämpfen Zehntausende von Bergarbeitern gegen die Versklavungsabsichten der Kapitalisten. Andere Arbeitergruppen dieses Gebietes stehen vor direktem Kampfausbruch.

Die reaktionären Großgrundbesitzer Ostpreußens und anderer Staatsgebiete haben durch ihre Weigerung, ausreichende Löhne und menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu gewähren, Tausende von Landarbeitern und Landarbeiterinnen zum Streik gezwungen.

Schwer ringen die Textilarbeiter gegen die unverfrorenen Machtgelüste der Textilbarone. Im Münsterland wollen die Beherrscher der Textilindustrie 30 000 Proletarier unter ihr Machtgebot pressen. Auch hier kann ein Streik täglich ausbrechen.

In ungezählten Einzelbetrieben der Metallindustrie des Baugewerbes und anderer Zweige der Wirtschaft kämpfen die Arbeiter und Angestellten gegen die Verschlechterung ihrer Existenzgrundlage.

In Uebereinstimmung mit dem brutalen Vorgehen des Privatkapitals gehen die Betriebsverwaltungen von Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben gleichfalls zur vollen Entrechtung und verstärkten Ausbeutung der Werktätigen in öffentlichen Werken und Anstalten vor.

Noch immer und sogar ausgedehnter als bisher, werden die staatlich subventionierten Streikbrechergarden als technische Nothilfe gegen die kämpfende Arbeiterschaft eingesetzt. Fortdauernd wird Polizei zu blutiger Gewaltat auf streikende und ausgesperrte Arbeiter und Arbeiterfrauen gehetzt. Das Unternehmertum unterhält organisiertes Verbrechergesindel zur gewalttätigen Niederringung des Widerstandes der Arbeiter.

Die kommunistische Fraktion als Vertreterin der Interessen des arbeitenden Volkes beantragt daher:

Das Staatsministerium wird beauftragt, auf die Reichsregierung schärfstens einzuwirken:

I.

1. **daß der auf der Grundlage der Sachverständigengutachten beabsichtigte Pakt zwischen dem deutschen und dem internationalen Kapital verhindert wird;**
2. daß der achtstündige Arbeitstag allen Werktätigen in allen privaten, staatlichen und gemeindlichen Betrieben sofort zu sichern ist. Im Bergbau und andern das Leben und die Gesundheit der Arbeitenden schwer bedrohenden Wirtschaftszweige muß nach den Forderungen der Arbeiterorganisationen der Achtstundentag verkürzt werden;
3. daß den Streikenden und Ausgesperrten Erwerbslosenunterstützung gezahlt wird, die mindestens dreiviertel des verlorenen Arbeitsverdienstes ausmachen muß. Diese Unterstützung ist durch Umlage von den bestreikten oder ausgesperrten Unternehmern einzuziehen;
4. daß ein Gesetz erlassen wird, durch das jeder kapitalistische Angriff auf das Koalitionsrecht der werktätigen Bevölkerung unter schwerste Strafe gestellt wird. Die Durchführung dieses Gesetzes ist Exekutiv- und Gerichtsorganen zu übertragen, die von den wirtschaftlichen Organisationen der Werktätigen zu wählen sind.

II.

1. Die Technische Nothilfe im Staatsgebiet Preußen ist sofort restlos aufzulösen.
2. Militär oder Polizei darf unter keinen Umständen bei Arbeitskämpfen gegen das Proletariat eingesetzt werden.

Der Bergarbeiterkampf vor dem Landtag.

Sie wollen den Bergarbeiter-Abgeordneten am Sprechen verhindern.

Die **Preußische Landtagsfraktion der KPD.** hat folgenden Antrag gestellt:

In allen Bergbaubezirken Preußens versuchen die Grubenherren mit brutaler Gewalt eine über das gesetzliche Maß hinausgehende Arbeitszeit den Bergarbeitern aufzuzwingen. Die Bergarbeiter sollen gezwungen werden acht- und mehr Stunden in der Grube zu schuften. Gegen diese Schandpläne haben sich die Bergarbeiter in allen Bezirken zur Wehr gesetzt. Im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und anderen Bezirken haben sie beschlossen, nur die durch das Arbeitszeitgesetz für den Steinkohlenbergbau und die Arbeitsordnungen festgelegte Siebenstundenschicht zu verfahren. Darauf haben die Grubenherren die Betriebe geschlossen und die Arbeiterschaft ausgesperrt. Diese Aussperrung führen durch auch die dem Preußischen Staate gehörigen Bergwerksdirektionen. Den Betriebsräten der Preußischen Staatsgruben der Bergwerksdirektion Recklinghausen ist erklärt worden, daß der preußische Handelsminister Siering auf dem Standpunkt steht und angeordnet hat, daß nicht eher die Arbeit aufgenommen werden darf, bis die achtstündige Arbeitszeit untertage, und die zehnstündige Arbeitszeit übertage durchgesetzt ist. Damit hat sich der preußische Handelsminister an die Spitze der Bergbaureaktionäre gestellt.

Der Landtag beschließt:

1. Der Handelsminister Siering wird sofort seines Postens enthoben, weil er die Interessen der Arbeiterschaft in der verbrecherischsten Weise geschädigt hat;
2. die **Staatsgruben** werden sofort wieder geöffnet und die siebenstündige Arbeitszeit untertage und die achtstündige übertage durchgeführt;
3. die von der Bergarbeiterschaft geforderte **30prozentige Lohnerhöhung** wird vom 1. April 1924 ab bewilligt;
4. allen Arbeitern wird alljährlich ein **14tägiger Urlaub** bewilligt. Mit der Beurlaubung für dieses Jahr ist sofort zu beginnen;
5. das Staatsministerium wird beauftragt, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die **knappschaftlichen Rechte** der Bergarbeiter in bezug auf freie ärztliche Behandlung der Familienangehörigen so wie sie bis zum 31. Dezember 1923 bestanden haben, sofort wieder hergestellt werden;
6. das Staatsministerium wird beauftragt, sofort bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß der reaktionäre **Reichsarbeitsminister Brauns**, der die Fällung der unverschämtesten Schiedssprüche veranlaßt und sie durchzuführen versucht hat, seines Postens enthoben wird;
7. das Staatsministerium wird beauftragt, die Grubenbesitzer zu zwingen, **die Betriebe sofort zu öffnen** und nur sieben Stunden untertage und acht Stunden übertage arbeiten zu lassen. Ebenso sind sie zu zwingen, die von der Arbeiterschaft aufgestellten Forderungen sofort zu bewilligen;
8. das Staatsministerium wird beauftragt, sofort Mittel zur Verfügung zu stellen zur **Ernährung der kämpfenden Arbeiterschaft** und ihrer Angehörigen;
9. das Staatsministerium wird beauftragt, der **Polizei** Anweisung zu geben, jedes Eingreifen gegen die Arbeiterschaft zu unterlassen. Polizeibeamte, die sich in irgendeiner Weise Uebergriffe gegen die Arbeiterschaft zuschulden kommen lassen, sind sofort ihres Amtes zu entheben.

Genosse Sobottka verlangte gleich nach Zusammentritt des Landtages, daß der Antrag als erster Punkt der Tagesordnung verhandelt wird. Dem widersprach auch die SPD.

Gienosse Sobottka aus dem Ruhrgebiet, der in dem am Dienstag wieder zusammengetretenen Landtag den Antrag verlas, wurde durch dauerndes Johlen der Sozialdemokraten und der Bürgerlichen und durch den Präsidenten Leinert fortwährend unterbrochen.

Trotzdem hätte Genosse Sobottka Gelegenheit gehabt, über den Bergarbeiterkampf zu sprechen, da als erster Punkt auf der Tagesordnung die Beratung des Berichtes über die Grubensicherheit stand. Als sich Gen. Sobottka zu diesem Punkt als Redner meldete, fiel es Herrn Leinert ein, daß er auch das verhindern müßte. Unter dem schamlosesten Bruch der Geschäftsordnung erklärte er den ersten Punkt von der Tagesordnung für abgesetzt. Die gesamte bürgerliche Meute stimmte ihm auch darin zu. Genosse Sobottka brandmarkte dieses Vorgehen des Präsidenten, indem er trotzdem noch folgendes ausführte:

„Ich habe mich zu diesem Punkt zum Wort gemeldet und nicht zur Geschäftsordnung, denn der Präsident hat vorher festgestellt, daß wir in die Tagesordnung eintreten, ohne etwas zu sagen, daß er beabsichtige, den ersten Punkt abzusetzen. Wenn er das beabsichtigte, hätte er schon vor Eintritt in die Tagesordnung vorschlagen müssen, den ersten Punkt von der Tagesordnung abzusetzen. Aber er hat das nicht getan, sondern erst jetzt nach der Geschäftsordnungsdebatte. Nachdem er gesehen hat, daß die Kommunisten Wert auf die Besprechung des Berichtes legen, versucht er gegen alle Geschäftsordnungsreden, die Sache hinterrücks abzumurksen. Es besteht auch kein Zweifel, wenn Sie nicht alle als Schwindler entlarvt werden wollen, daß ich mich zum Wort gemeldet habe, bevor der Präsident feststellte, daß Widerspruch nicht erhoben wird."

(Leinert schwingt die Glocke und ruft den Redner zur Ordnung!)

Gen. Sobottka fährt fort: „Ihre Handlungsweise kann nicht scharf genug kritisiert werden. Sie hatten die freche Stirn, gegen unseren ersten Antrag Widerspruch zu erheben und Sie **versuchen auch hier, die Bergarbeiter nicht zu Wort kommen zu lassen**, weil Sie wissen, daß wir auch bei diesem Punkte Ihnen Ihre Schandtaten, Ihre Verbrechen vor Augen führen können. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" hat mitgeteilt, daß nach geheimnisvollen Andeutungen von amtlichen Stellen in den nächsten Tagen sich im Ruhrgebiet **besondere Ereignisse** abspielen sollen — — —"

(Der Präsident Leinert fängt jetzt an, mit aller Gewalt die Glocke zu schwingen und verhindert durch fortdauerndes Läuten den Genossen Sobottka am Weiterreden.)

Bergarbeiter, so tritt man eure Interessen im Parlament mit Füßen! Es soll nicht einmal gesprochen werden über eure Leiden und Sorgen! Was ist das bürgerliche Parlament? Eine Machtposition für die Kapitalisten! Nieder mit dem bürgerlichen Parlamentarismus! Es lebe die Sowjet-Macht!

Wie Macdonald die unterdrückten Völker „befreit".

Indien ist diejenige Kolonie, aus der Jahr um Jahr der englische Imperialismus Goldströme herauspreßt. Der Weltkrieg hat die Industrialisierung Indiens ungeheuer vorwärtsgetrieben. Eine „einheimische" Fabrik nach der andern schießt aus dem Boden. Die indischen Kapitalisten werden fett. Zugleich wächst das Proletariat. Die unsäglich ausgesaugten Kleinbauern werden Fabrikarbeiter und verfallen noch brutalerer Aussaugung.

Aber der Weltkrieg hat zugleich die beständige vulkanische Erschütterung der Kolonialherrschaft geschaffen. Die revolutionäre Bewegung, die sich gegen die Gewaltherrschaft der englischen Imperialisten (den „Arbeiterminister" Macdonald an der Spitze!) und zugleich gegen die indischen Sklavenhalter richtet, ist in dauerndem Wachen.

(Das gleiche gilt übrigens für die holländische Südsee-Kolonie Java, wo die Kommunistische Partei bereits 15 000 meist eingeborene Mitglieder hat.)

Da Macdonalds sogenannte „Arbeiterregierung" natürlich die Kolonialinteressen der imperialistischen Ausbeuterklasse in England vorzüglich vertritt, läßt Macdonald alle Mittel des weißen Terrors gegen die indischen Revolutionäre anwenden. Gegenwärtig findet ein Kommunistenprozeß in Indien statt; ferner ein Prozeß gegen indische Arbeiter, die sich an dem viele Wochen währenden Streik der Textilarbeiter in Bombay beteiligt haben.

Dieses Frühjahr ließ Macdonald auf die arabischen Bauern Flugzeugbomben werfen, weil sie die Steuern verweigerten.

Das ist derselbe Macdonald, dem die sozialdemokratische Presse in Deutschland Weihrauch streut, und dessen Generäle am Rhein die kommunistischen Zeitungen verbieten.

Macdonalds dänischer Kollege Stauning.

Zwei ehrenwerte Monarcho-Sozialisten.

Die krampfhaften Versuche der untergehenden kapitalistischen Klasse, sich an der Herrschaft zu halten, haben in einer Reihe von Ländern dazu geführt, scheinsozialistische Kreaturen an der „Regierung" teilnehmen zu lassen. Obwohl das Interesse aller kapitalistischen Blätter darauf hingerichtet sein muß, diesen hohen regierenden Herren Sozialdemokraten lauter Weihrauch zu streuen, können es sich auch bürgerliche Blätter ab und zu nicht verkneifen, die unsagbar lächerliche Rolle zu verhöhnen, die solche „Volksvertreter" spielen. So schreibt die „Köln. Volksztg." in ihrer Montag-Abendausgabe (Nr. 379) in einem Artikel, der sich mit dem dänischen Kabinett Stauning befaßt, mit lächelnder Ironie:

„Stolz schreibt die sozialistische Presse zu beiden Seiten der deutsch-dänischen Grenze von der „zweiten Arbeiter-Regierung Europas" (neben der englischen) im Hinblick auf das Kabinett Stauning. Von einigem Interesse ist es, wie der sozialistische Kabinettschef Stauning seine Stellung gegenüber dem dänischen König auffaßt. Stauning erklärte, sein Ministerium stehe zum König loyal, es erkenne die bestehende Ordnung als gesetzlich auf Grund der Verfassung an und erblicke im König den obersten Beamten des Landes. Stauning behauptete, der dänische König, zu dem er die besten Beziehungen unterhalten habe, hege großes Interesse für die soziale Frage."

Es ist ja verständlich, daß die bürgerlichen Redakteure sich das Lachen nicht verbeißen können, ob dieser monarchistischen „Sozialisten". Da lachen sogar die ältesten Hühner ganz hinten im Hause. „Du bist mir een scheener Rebubliganer", würde der sächsische Geenig sagen und ihm den Heinrichorden überweisen.

•

Uebrigens ist auch Macdonald sehr königstreu. Da hat z. B. die Königin Mary von England eine besondere Vorliebe für Puppenhäuser. Die „Berliner Illustrirte Zeitung" vom 11. Mai 1924 bringt auf Seite 509 einen kitschigen Artikel über ein Puppenhaus, das eine Gruppe „königstreuer Engländer" der Königin geschenkt hat, um ihr eine „besondere Freude" zu bereiten. An diesem wunderbaren Werke haben 1600 Menschen zwei Jahre gearbeitet (!). Alle Gegenstände sind Nachbildungen aus dem Leben. Eine Bibliothek ist vorhanden, eigenhändig von Dichtern geschrieben usw., und dann heißt es in dem Artikel wörtlich: „Und auf dem Schreibtisch des Königs (im Puppenhaus), auf seine Gegenzeichnung wartend, liegt ein Miniaturstück von der eigenen Hand des Ministerpräsidenten Macdonald."

Soll man dazu noch etwas sagen?

Getrost: wenn einmal Wilhelm Lehmann wieder auf den Thron sitzt oder sein Aeltester, der ein so großer Freund von „Puppchen" ist, wird unser braver Scheidemann für die jeweilige Hauptdrinnelsin auch etwas für die Puppenstube stiften.

Aus Betrieb und Werkstatt.

Auf zur Betriebsräte-Vollversammlung.

in Breslau am Dienstag, den 27. Mai

abends 7½ Uhr, in den Hubertussälen, Friedrich-Wilhelmstr.

Arbeiter, Beamte, Angestellte!

In allen Teilen Deutschlands tobt der Kampf des Proletariats für die Wiedereroberung des 8-Stundentages, und um Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das Unternehmertum hat diese Kämpfe brutal vom Zaun gebrochen, um der Arbeiterklasse selbst noch das Stück trocken Brot, welches sie ihren Kindern nur geben kann, zu rauben. Der Plan des internationalen Räuberkapitals wird durch das Sachverständigenabkommen die vollständige Kolonisierung Deutschlands und die Versklavung der werktätigen Bevölkerung herbeiführen.

Am Montag, den 19. beschäftigte sich deshalb eine Betriebsräte-Vollversammlung für Breslau mit dem Sachverständigen-Gutachten. Infolge der Interessenlosigkeit der Arbeiterschaft war die Versammlung nicht der Bedeutung der Tagesordnung entsprechend besucht.

Inzwischen hat sich aber auch in Breslau das Unternehmertum in seiner Brutalität gezeigt und tausende Metallarbeiter auf das Straßenpflaster geworfen und jeder neue Tag kann die Arbeiter der anderen Industriezweige in dieselbe Situation bringen.

Deshalb müssen auch die Breslauer Betriebsräte begreifen, daß sie Stellung nehmen müssen zum Abwehrkampf der Metallarbeiter, zum Sachverständigen-Gutachten und vor allen Dingen zum Allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Nicht nur, daß ihr eure Betriebsräte zwingen müßt, an der Vollversammlung teilzunehmen, ist es auch eure Pflicht, ebenfalls als Gäste an der Versammlung teilzunehmen um zu kontrollieren, wie eure Räte sich eures Schicksals annehmen, wie sie Eure Interessen vertreten wollen.

Die Tagesordnung der Vollversammlung lautet:

1. Die Aussperrung der Breslauer Metallarbeiter, und wie müssen wir den Kampf in Oberschlesien unterstützen.
2. Die Versklavung Deutschlands durch das Sachverständigenabkommen und die Aufgaben des Allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses.

Der Ernst der Stunde erfordert, daß jeder Betriebsrat zur Stelle ist. Die an der Vollversammlung teilnehmenden Räte und Funktionäre haben ihren Ausweis mitzubringen.

Schon jetzt weisen wir darauf hin, daß es unbedingt notwendig ist, daß die Arbeiterschaft der Betriebe auf die Solidarität mit den im Kampf stehenden Klassengenossen eingestellt wird. Ueberall muß versucht werden, die kämpfenden Brüder durch Sammlungen, die in den Betrieben vorgenommen werden, zu unterstützen.

Hoch die Solidarität! Es lebe der Klassenkampf!

Mit proletarischem Gruß!

Der Ausschuß der oppositionellen Betriebs- u. Erwerbslosenräte.

J. A.: Bionor.

Die Arbeiter müssen mit 10 Mark Wochenlohn nach Hause gehen!

Die Weltfirma Linke-Hofmann setzte am gestrigen Lohntage ihren Arbeitern folgenden Anschlag unter die Nase:

Bekanntmachung!

Wegen der gesteigerten Schwierigkeit der Geldbeschaffung ist es unserer Finanzabteilung in Berlin nicht möglich gewesen, für die Zahlung am Freitag, den 23. d. Mts. den vollen Lohnbetrag zu beschaffen. Wir können nur ungefähr die Hälfte der Löhne zur Auszahlung bringen, während der Rest am Montag, den 26. d. Mts. nachgezahlt wird.

Breslau, den 22. Mai 1924.

Die Direktion.

gez. Hertel. gez. Lilienthal.

Ausgerechnet die Firma Linke-Hofmann erlaubt sich, der Arbeiterschaft ein derartiges Stück aufzutischen. Diese Firma, die in den letzten Jahren vornehmlich Auslandsaufträge mit allem Hochdruck zusammenbauen ließ, die die deutschen Hungerlöhne mit wertlosen, zum Teil in der eigenen Druckerei hergestellten Papierfetzen beglich, und hierfür die um ein vieles höheren Auslandslöhne auf Goldbasis in Rechnung stellte, diese Firma hat Geld in Barren zusammengehäuft. Hier sei nur der Rebbach bei den 43 russischen Maschinen erwähnt. Die Firma leistet neben anderem sich heute noch einen Stab von höheren Aufsehern, der zur Beschäftigtenzahl in keinem Verhältnis steht. Hierfür ist auch Geld zur Genüge flüssig.

Was sollen die Arbeiter mit den 10 Mark anfangen? (Viele erhielten noch nicht einmal soviel.)

Dies alles zeigt, was sich die Unternehmer einer passiven Arbeiterschaft gegenüber erlauben können.

Arbeiter von Linke-Hofmann, macht das Kreuz gerade, sorgt, daß bald der Tag kommt, wo Ihr die Ausbeuter, die Euch Hunger- und Abschlagslöhne bitteren, zum Teufel jagt und selbst die Herren des Betriebes werdet.

Der gütige Webereidirektor.

In Liebau bei der Firma Willard A.-G. Weberei, hat sich die Arbeiterschaft rühmen den humanen Direktor zu besitzen (nach seiner eigenen Zusicherung). Man hat dem guten Manne den Ehrennamen „Personifikation" gegeben, da er die hübsche Gewohnheit hat, mit der Uhr in der Hand auszurechnen, wieviel der Weber in der Minute kappert und danach berechnet er das Lohn. Einige Störungen, Zerreißen der Fäden usw. sind nicht berücksichtigt.

Nun kam es vor, daß der Weber K. trotz des Arbeitsgenusses des Herrn Webereidirektor Richter in 5 Tagen nur 6,20 Stundenlohn verdiente, davon hatte er 3 Mark als Vorschuß abgezogen erhalten. Er wird der Herrn Richter vorstellig, höhere Bezahlung verlangen zu müssen, denn die niedrigen Tarife der Textilarbeiter lassen dies nicht zu, aber Vorschuß muß man erbitten, denn die Kinder schreien nach Brot.

Und siehe da, der Herr Direktor ist nicht hartherzig. Erst schmaust er den Arbeiter an, hält ihn wirklich nicht mehr zu essen hat, nachdem er die Bestätigung erhält, daß nichts zu holen ist, wendet er in alter Manchesterart nach Manchesterart und Manier sich dem Arbeiter mit gönnerhafter Miene, die Worte sprechend: „Na, da sehen Sie, was ich für ein guter Mensch bin, aus meiner Tasche gebe ich Ihnen das Lohn G.D. damit Sie nicht zu hungern brauchen" Beglückt über diese Freundlichkeit verläßt der Arbeiter das Kontor und ist den Gönner Direktor, oder nicht? Nein, er verfluscht ihn und das ganze System, das den Arbeiter zum Sklavendiener Arbeitsvieh zum Bettler macht. Schließlich fängt der Personifikat aus und laßt das Wort reden, bis die geeignete Kraft gefunden ist, die es richtig bemeistert.

Gewerkschaft.

Die Freimütigkeit der kapitalistischen Sklavenhalter.

Im Vortrag, den Herr Geheimrat Bücher am 9. Mai in der Berliner Tagung des Deutschen Maschinenbaus gehalten hat, hat er offen ausgesprochen, warum das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie — das heißt, die führenden Schwerindustriellen — sich anscheinend von der früheren Sabotage der Erfüllungspolitik losgesagt und die Zustimmung zu den Sachverständigenvorschlägen ausgesprochen habe. Das geschäftsführende Präsidialmitglied des R. D. I. erklärte in seinem Vortrag, daß infolge der Mixumverträge die bergbaulichen Betriebe mit 20 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit in kurzfristigen ausländischen Geldern belastet sind, die jederzeit gekündigt werden können. Wenn diese Verhältnisse fortdauern würden, so sieht Herr Bücher voraus, daß als eine notwendige Folge die Ueberfremdung des Bergbaus, der daran angeschlossenen Eisenindustrie und vieler Großbetriebe im besetzten Gebiet kommen muß. Sobald der ausländische Kredit dieser Unternehmungen erschöpft ist, fallen sie wie ein reifer Apfel dem zu, der noch die Mittel hat, sie in Betrieb zu halten.

Die Ausführungen des Herrn Bücher entsprechen dem, was das Organ der Schwerindustrie Rheinland-Westfalens, die „Kölnische Zeitung", Anfang Mai in ihrer Ruhr-Montan-Rundschau geschrieben hat. Die Herren Schwerindustriellen haben den Ruhrkrieg schändlich verspielt, und sie stehen jetzt vor der Alternative, daß sie, anstatt der von ihnen gewünschten 50% Beteiligung an dem zu bildenden franzö.-deutschen Montantrust, ihre Unternehmungen der französischen Schwerindustrie überantworten müssen.

Das ist nur eine Alternative der Entwicklung. Aber außer dem Kapital gibt es doch noch in der kapitalistischen Welt das Proletariat. Die Welle der proletarischen Revolution steigt in Deutschland trotz aller Gewaltmittel der kapitalistischen Diktatur. In demselben Vortrag verriet Herr Bücher, daß die andere Gefahr, die die deutsche Kapitalistenklasse neben dem Verschlingen durch die französische Schwerindustrie und das britische Finanzkapital bedroht, die gegenwärtige Streikgefahr. Die Streiklage, das ganze augenblickliche Verhältnis, das wir „am Arbeiter haben und seine wirtschaftlichen Auswirkungen" „am Arbeiter haben und seine wirtschaftlichen Auswirkungen" usw. Herr Bücher wies dabei ausdrücklich nur auf die „finanziellen Auswirkungen" der „Streikgefahr" hin. Aber das 13. Mai spricht offen aus, daß es sich noch um etwas anderes handelt. Sie schreibt in einem Leitartikel, überschrieben „Was bringt der Börsenbaum, die „Berliner Börsenzeitung" vom Recht uns bevor?" in bezug auf die Aussichten am 15. Juni, wo die Mixumverträge erneuert werden müssen:

„Unser deutsches Industrieproletariat ist schon in schwerster Not. Der Kampf im Bergbau droht weiter zu gehen, da die Arbeiter den jüngsten Schiedsspruch ablehnen. Die Gefahr der kommunistischen Revolution, deren Geldgeber in Moskau, wohl auch in Paris sitzen, nimmt gerade im Zusammenhang mit den großen Wirtschaftskämpfen zu."

Die bodenlose Redensart über die Geldgeber der kommunistischen Revolution in Moskau und Paris kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Führer der Schwerindustrie die gegenwärtige Situation so beurteilen: entweder die Versklavung Deutschlands durch das internationale Kapital, mit der französischen Schwerindustrie an der Spitze, wobei ihnen, den deutschen Schwerindustriellen, die Rolle der Sklavenpeitschen zufallen könne, oder die kommunistische Revolution. Die Wahl ist für sie nicht zweifelhaft; sie haben sich für die Alternative entschlossen.

Das Organ der rheinisch-westfälischen „Industrieelbereinigung", die der Zentrumsmann, der Oberbürgermeister Bang, der rechtsstehende Graf Ratenow und einige in ihrem [illegible] Interessen bedrohten Industriellen, wie der Schichau-Berliner Konzern, in politischem Gemand anzuziehen versuchen, kann nichts an der nüchternen Beurteilung der Situation durch die führenden Schwerindustriellen ändern. Ein zweifelhaftes muß zu nehmen, das Organ der westfälischen Bergindustrie, die „Deutsche Bergwerkszeitung" vom 17. Mai, liefert in ihrem Leitartikel „Nur kein Selbstbetrug" einen interessanten Beitrag zur Beleuchtung der Situation und ihrer Beurteilung durch die schwerindustriellen Kreise. Es wird in diesem Artikel Verwunderung ausgesprochen über den Eifer, mit dem die Minister des Kabinetts Marx in zahllosen Reden die deutschen Massen davon zu überzeugen suchten, daß es mit dem Sachverständigen-Gutachten gar nicht so schlimm sei. Als Motiv für diese Reden betrachtet das Blatt nur die Wahlpropagandainteressen; es bedauert trotzdem, daß die Herren Minister „ihre verantwortliche Stellung aus Rücksicht auf ihre parteipolitische Gebundenheit so weit vergessen konnten, um allen in allem einen Optimismus zu predigen, der völlig unberechtigt ist". Es meint, daß die Regierung Marx sich bei ihrer Stellungnahme im Gutachten „im Ton vergriffen" hat. Es heißt Betrug am deutschen Volke begehen, wenn man es über die ungeheure Tragweite der durch das Gutachten beabsichtigten Bindungen im unklaren läßt.

Das Organ der rheinisch-westfälischen Bergindustrie schließt sich in seiner Beurteilung des Sachverständigen-Gutachtens dem an, was der bekannte Philosoph des „Untergang des Abendlandes" in seiner letzten Schrift gesagt hat. Deutschland soll in eine Reparationskolonie, in ein europäisches Indien verwandelt werden, wobei die deutsche Regierung als Vollzugsorgan der Gegner legitimiert werden soll. Ein ganzes Volk von 60 Millionen soll in die Sklaverei gehen und angesichts dieser Tatsache ist die Frage der zukünftigen deutschen Währung für die Deutschen ebenso belanglos wie bisher für Negerstämme. Die „Bergwerkszeitung" faßt ihr Urteil über das Sachverständigen-Gutachten in folgende Sätze zusammen:

„Es ist ganz nüchterne, kaltschnäuzige, vom Interessentenstandpunkt diktierte Erwägung auf der Gegenseite, die zu der veränderten Taktik Deutschland gegenüber geführt hat. An die Stelle von Gewaltmaßnahmen, durch welche das deutsche Volksvermögen erfaßt wurde, wo man es fand, soll nun die planmäßige systematische Ausbeutung Deutschlands auf klügere Art als bisher treten. Gleichzeitig sucht man damit einen Ausweg, um die Austragung der politischen Gegensätze zwischen den Mächten, die sich um das Fell des Bären reißen, zu vertagen ... Wir sind und bleiben Objekt."

Welche politischen Schlüsse zieht daraus das Organ der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie? Schlägt es etwa vor, die Sachverständigenvorschläge abzulehnen? Unter keinen Umständen. Es will nur, daß man keinen Selbstbetrug treibe, daß man den 60 Millionen der Werktätigen offen sagt, daß sie in die Sklaverei gehen sollen und müssen — ob müssen, das ist freilich eine andere Frage, auf die die Werktätigen selbst die Antwort geben müssen! Eine nüchterne Beurteilung der Sachverständigenvorschläge habe mit der Frage, ob zu dem Gutachten grundsätzlich nein gesagt werden soll, gar nichts zu tun. Die Zechenherren sind aus den Motiven, die wir in der ersten Hälfte des Artikels dargelegt haben, selbstverständlich für die Annahme. Sie wollen für sich die Rolle der Sklavenhalter und -Aufpeitscher; um aber über die Millionen Sklaven regieren zu können, müssen diese sich darüber klar sein, was los ist.

Diese Freimütigkeit der kapitalistischen Sklavenhalter ist tausendmal besser als die schamlose Verlogenheit der kapitalistischen demokratischen auf der einen, der völkischen Demagogie auf der anderen Seite. Denn entgegen den Berechnungen der Kapitalisten, wenn die Millionen der deutschen Werktätigen sich einmal über das Wesen des Versklavungsvertrages klar werden, werden sie ganz entschlossen „nein" sagen und den Weg wählen, den ihnen der Kommunismus weist — den Weg des Kampfes auf Leben und Tod gegen den Kapitalismus, den Weg der kommunistischen Revolution.

Breslau.

Wo bleiben die Betriebsräte?

Auf der ganzen Linie geht das Unternehmertum in Deutschland zur Offensive gegen das Proletariat über, um auf dessen Schultern die Lasten des Sachverständigenabkommens zu wälzen. Durch Verlängerung der Arbeitszeit, durch Abbau der Löhne, Gehälter, durch Aussperrungen, durch Einstellung aller staatlichen Machtmittel gegen das Proletariat (Ausnahmezustand, Schutzhaft, Verbot der KPD.-Presse), soll dieses Ziel erreicht werden. Nahezu eine Million Arbeiter stehen in Deutschland im Abwehrkampf gegen die unersättlichen Profithyänen des Kapitals.

Nur die Breslauer Arbeiterschaft bewahrt weiter ihre sprichwörtlich gewordene Lammsgeduld. Ist es nicht ein Skandal, daß die Hofarbeiter bei den Linke-Hofmann-Werken 10 Pfennig Stundenlohn bekommen? Ist es nicht beschämend, daß qualifizierte Metallarbeiter einen Hungerlohn von 22 Pfg. die Stunde beziehen?

Je mehr sich die Breslauer Arbeiterschaft von dem Unternehmertum bieten läßt, um so herausfordernder und unverschämter wird die Ausbeutergesellschaft. Die Direktion der LHL-Werke wagte es, wie wir bereits an anderer Stelle mitteilten, ihre Arbeiter am Freitag mit dem halben Wochenlohn nach Hause zu schicken. Was kümmert es die Direktion wenn die Arbeiter mit 10 Mark und weniger nach Hause gehen und die Familien hungern müssen. Wer trägt die Schuld an solchem Skandal? Sind es nicht die Arbeiter selbst, vor allen Dingen die Betriebsräte, die verantwortlich für die zum Himmel schreienden Zustände in den Breslauer Betrieben sind. Will die Breslauer Arbeiterschaft tatenlos beiseite stehen, wenn ihre Brüder im Reich den Kampf um die Wiedereroberung des Achtstundentages, den Kampf um ausreichenden Lohn aufnehmen? Das sind brennende Fragen, mit denen sich alle Arbeiter, besonders aber die Betriebsräte beschäftigen müssen.

In Breslau hat sich ein Ausschuß der oppositionellen Betriebs- und Erwerbslosenräte gebildet, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, gegen die Passivität der Breslauer Arbeiter, die wie ein Fluch auf dem gesamten schlesischen Proletariat lastet, anzukämpfen.

Alle klassenbewußten Arbeiter und Betriebsräte haben die Pflicht, sich hinter diesen Ausschuß zu stellen und seine Arbeiten zu fördern. Denn erst wenn die große Mehrheit der Betriebsräte hinter diesem Ausschuß steht, kann er das Rückgrat der kämpfenden Arbeiterschaft werden. Der Ausschuß der oppositionellen Betriebsräte hat für

Dienstag, den 27. Mai, abends 7,30 Uhr, eine Vollversammlung aller Breslauer Betriebsräte nach den Hubertussälen einberufen.

Die Arbeiter in den Großbetrieben müssen ihre Betriebsräte zwingen, an dieser Versammlung teilzunehmen. Auch Arbeiter und Angestellte können als Gäste an der Versammlung teilnehmen.

Wer mit 18 und 20 Mark Wochenlohn und noch weniger zufrieden ist, der bleibe am Dienstag zu Hause oder gehe ins Kino, wer aber ernstlich gewillt ist, seine Kraft dafür einzusetzen, daß die Breslauer Arbeiterschaft sich einreiht in den großen Kampf um die Wiedereroberung der revolutionären Errungenschaften, der gehe am Dienstagabend nach den Hubertussälen und sorge dafür, daß auch seine Kollegen daran teilnehmen.

GLEIWITZ

Das Haus für Seiden- u. Kleiderstoffe

SAISON-ERÖFFNUNG -Frühjahr-Sommer 1924

Seidenhaus Weichmann
GLEIWITZ
Fernruf Nr. 320/321.

Beachtet bei allen Einkäufen immer unsere Inserenten!

Josef Wechselmann G. m. b. H.
GLEIWITZ Wilhelmstr. 57
Spezial-Geschäft für Herrenstoffe Baumwollwaren Brautausstattungen

Wilhelm Glawatty
Gleiwitz OS., Nikolaistr. 17
Herren- u. Knaben-Garderobe
Wollwaren und Wäsche
Spezialität:
Arbeiterkleidung
für jeden Beruf.

Für Verlobte das erprobte Schlesische Leinenhaus
SPEZIALITÄTEN
Leinen-, Bett- und Tisch-Wäsche

Plonsker-Zigarren
Zigaretten-, Rauch-, Kau- und Schnupftabak
seit 73 Jahren bestens bewährt
J. Plonsker
Komm.-Ges.
Wilhelmstraße 43 Tel. 1408

Walter & Co.
Gleiwitz
Wilhelmstrasse 16
Oberschlesiens größtes Spezialhaus der
Herren- u. Knaben-Bekleidungs-Industrie

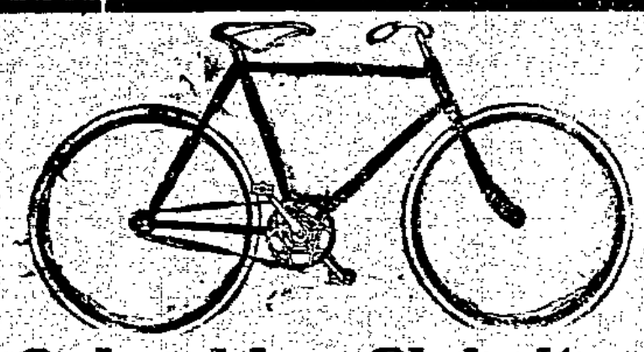
Schlesisches Leinenhaus
das Haus der guten Qualität
GLEIWITZ O.-S.
Neudorfer Straße 4

Verkehrs-Lokal der KPD.
und sämtlicher freier Gewerkschaften
Hütten-Gasthaus
Hüttenstrasse Nr. 2
Telephon 1065 Telephon 1065

Damenschneiderei-Artikel
Besätze, Spitzen, Kurzwaren, Barmer Spitzen und Besatzartikel
Wilhelm Badrian
Gleiwitz, Beuthener Strasse 12.

Kinderwagen
Haus- u. Küchengeräte
Spielwaren
H. Guttmann, Inhaber M. Markus **Gleiwitz,** Beuthener Straße 14.

Nähmaschinen und Sprechapparate



Fahrräder Fahrradersatz- und Zubehörteile

Karl Galuschka, Gleiwitz, Nicolaistraße 17

Zigarren- und Zigaretten-Großhandlung
Josef Preiß
Bahnhofstr. 34
Telephon 730.

Kurz-, Weiß- u. Wollwaren Wäsche
H. LANGER
GLEIWITZ
Ring 5.

Salo Frey
Wilhelmstrasse 14 — Telephon 1443
empfiehlt
Zigarren und Zigaretten
in bester Qualität

BUCHDRUCKEREI
der Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien
Breslau, Trebnitzer Strasse 50

Paul Grzondziel
Kronprinzenstraße 2
Uhren und Goldwaren
Besteingerichtete Uhrwerkstatt

Georg Wendriner & Co.
G. m. b. H.
Gleiwitz OS.
Klosterstraße 33
Fernruf 169 (Nebenstelle)
Manufaktur- und Wollwaren

WOLF & KUTTNER, Gleiwitz
Nicolaistraße Nr. 16
Manufaktur- u. Modewaren-Herrenkonfektion
Herren- und Damen-Wäsche

Gebr. Barasch Nachf.
Gleiwitz
Warenhaus für sämtl. Bedarfs-Artikel

Bobrowsky & Zöllner
Allergrösstes Spezialhaus für Manufaktur-, Mode-, Leinen- und Baumwollwaren am Platze
Gleiwitz, Ring 22
Fernsprech-Anschluß 272

Karl Sauer
Bahnhofstrasse 40 — Telephon 1285
Rauch-, Kau- und Schnupftabake
Spezialität:
Kentuky-Presstabake
Tabaklager

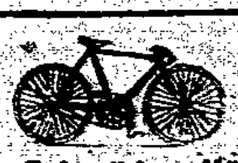
Kaufhaus M. Leschziner
GLEIWITZ Nicolaistr. 4
Allergrößtes Geschäftshaus für Manufaktur, Tücher-, Leinen-, Wäsche-, Konfektion u. Schuhwaren

Heinrich Jaschkowitz
Wilhelmstrasse 19 an der Klodnitz — Fernruf 590
Manufakturwaren
Haus für Bekleidung u. Aussteuer

H. Gassmann
Nicolaistrasse 7
Eisen- und Eisenwaren-Handlung
Haushaltungs-Gegenstände

Gleiwitzer Wäsche-Fabrik
Schützenstr. 2
Spezialität:
Gardinen
Teppiche

Viktor Deutsch
Detail-Abteilung
Nikolaistraße 15
Tel. 253



Erstklassige Fahrräder, Nähmaschinen, Kinderwagen, Sprechapparate u. sämtl. Zubehörteile sowie Reparatur-Werkstatt

J. Sicha & Söhne
GLEIWITZ
Wilhelmstraße 30
Wurst-Fabrik

Reparaturen
sachgemäss und schnell.
Singer Co. Nähmaschinen Act.-Ges.
Gleiwitz: Wilhelmstrasse 36
Beuthen: Königshütter Chaussee 2
Ratibor: Neue Strasse 21/23

Reserviert

Gebrüder Markus
G. m. b. H.
Telephon Ring Nr. 10
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wäsche, Kurz-, Weiß- und Wollwaren

Kopp & Panowsky
Ring 14
Modewaren, Damen- und Kinderkonfektion

Die billigste Einkaufsquelle für die arbeitende Bevölkerung ist und bleibt das

Zigarrenhaus Schwarz & Comp.

Hindenburg, Bahnhofstraße Nr. 4.

Beachten Sie bitte die 3 Schaufenster.

Möbelhaus M. Eisinger

Friedrich-Wilhelmstrasse 12, am Wachtplatz 778

liefert zu sehr billigen Preisen gutgearbeitete Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer sowie alle Arten Einzelmöbel u. Polsterwaren.

Grosse Auswahl! Teilzahlung gestattet!

Johann Tkotz

Ratibor OS., Oderstraße 15

Zigarren, Zigaretten

Tabake und Rauchutensilien

787

Achtung, Jugendgenossen!

Warum lest Ihr nicht Eure

kommunistische Jugendliteratur

? ? ?

Regelmäßig erscheinen im Verlag der Jugend-Internationale und sind zu beziehen durch die Abteilung Buchhandlung unserer Genossenschaft:

Jugend-Internationale

Kampforgan der Kommunist. Jugend-Internationale

Preis pro Heft Mk. 0,25

Internationale Jugendkorrespondenz

Eine Ergänzung der „Jugend-Internationale" mit wichtigem Informationsmaterial

Preis pro Heft Mk. 0,05

Das proletarische Kind

Internationale Monatsschrift für kommunistische Pädagogik — Mitteilungsblatt für Kindergruppenleiter, Eltern und Lehrer

Preis pro Heft Mk. 0,15

Heute noch mußt Du bestellen, wenn Du als Jugendgenosse ernst genommen werden willst und wenn Du den Willen hast, Dich fortzubilden!

Sehr preiswert abzugeben:

Die Totengräber Deutschlands	Pr. 1,—
Lenin von Sinowiew	„ 1,—
Pfaffenspiegel, geb.	„ 3,50
Spartakusbriefe	„ 1,—
Das Maß ist voll	„ 0,30
Marxism. u. Sozialiesierungstheor.	1,50
Deutschland eine Kolonie von Pawlowski	Preis 0,50
Metall der Toten, brosch. Roman	3,50
„ „ „ geb.	„ 5,—
Terrorismus und Kommunnismus von L. Trotzki	4,50
Der Krieg und Internationale von L. Trotzki	0,25
Das Kapital von Karl Marx	3,50
Massenstreik v. Rosa Luxemburg	—,40
Die Rebellen von P. E. Dybenko	1,80
Die Lehren des Bürgerkrieges von L. J. Gussow	2,50
Der Aufbau der roten Armee in der Revolution von Antonow-Owsejensko	0,75

Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien

e. G. m. b. H.

Breslau, Trebnitzer Strasse 50,

Abt.: Buchhandlung.

Wohnungstausch Herdainstraße—Odertor

3 Zimmer, Diele u. Küche. Näheres durch die Expedition der „Schles. Arbeiter-Zeitung", Trebnitzer Straße 50.

Wohnungstausch Oels—Breslau

2 Zimmer u. Küche. Näheres Expedition der „Schles. Arbeiter-Ztg.", Trebnitzer Straße 50.

Beachtet bei allen Einkäufen immer nur unsere **Inserenten!**

Zur Betriebszellen-Werbewoche vom 25. bis 31. Mai

braucht Ihr

Instruktion über den Aufbau der Betriebszellen

und ihre praktische Arbeit als Grundeinheit der Organisation

0.30 M.

Richard Giptner:

Vom Verein zur Massenorganisation

Die Betriebszelle der Kommunistischen Jugend

0.20 M.

Ortsgruppen erhalten bei Bezug von 5 Exemplaren ab 30% Rabatt

Zu beziehen durch jede kommunistische Buchhandlung oder vom

Verlag der Jugendinternationale

Berlin-Schöneberg, Feurigstraße 63

782

Kathreiner- sonst keiner!

– Das Urteil von Millionen –

Versammlungs-Kalender.

Breslau. Montag, 26. Mai, abends 7.30, Zusammenkunft sämtlicher Gewerkschaftsleitungen im bekannten Lokal.

Gewerkschaften

Breslau. Achtung Steinarbeiter! Sonntag, den 25. Mai, vorm. 9.30, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 8, eine Vollversammlung statt.

Andere Organisationen

Landeshut. Montag, den 26. Mai, abends 8 Uhr, im „Gasthof zur Sonne", Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung (Hauszinssteuer und Miete für Mai-Juni.

Am günstigsten decken Sie Ihren Bedarf in Sommerstoffen im

Tuchhaus Ernst Heinze

Goldeneradegasse 7.

Glatz, Grünestr. 6 **Grottkau,** Ring 47 **Neisse,** Zollstr. 60

Besonders preiswertes Angebot:

Kammgarn-Cheviot marine	prima Qualität, Nr. 1560/1012, 145 cm breit, von Mk. 12.50 bis	9.50	per Meter
Twill marine	Ia. Kammgarn, für Anzüge und Kostüme, Nr. 1556/58 150 cm breit . . . . . Mk.	19.00	„
Eleg. Frühjahrsanzüge	mit aparten Streifen, Nr. 6090/91/92, 8618 und 8619, 140 cm breit . . . . . Mk.	5.10	„
Noppen	mit Streifen, besonders geeignet für Sportanzüge, Nr. 6083/84/85, 140 cm breit . . . . . Mk.	6.10	„
Moderne Sommeranzüge	mit farbigen Streifen und Caros, Nr. 6095/99/6100, 140 cm breit Mk.	6.30	„
Anzug	dunkelfarbig, gestreift, sehr tragfähig, Nr. 6093/94/96/97/98, 140 cm br. Mk.	7.85	„
Reinwollener Anzug	Fischgrat mit dezenten Streifen. Nr. 8620—26 140 cm breit . . . . . Mk.	11.20	„
Hochmod. Frühjahrsanzüge	prima Qualität mit Streifen u. Caro Nr. 11094/5/6/8/9/100/112/113/114 140 cm breit Mk.	12.40	„
Eleganter Sommeranzug	feinste Qualitätsware, Fischgratmuster in mehreren Farben. Nr. 11102/4, 140 cm breit Mk.	14.20	„
Covercoats	prima Qualitäten, glatt und gestreift, 130, 140, 150 cm breit von Mk. 17.30 bis	7.50	„
Hosenstreifen	Ia Qualität, Nr. 15523/27, 140 cm breit Mk.	13.85	„
Tennis	glatt und gestreift, für Anzüge und Kostüme, reinwollene Qualität, 140 cm breit . . . . . von Mk. 14.25 bis	10.60	„
Feinster reinwollen. Reitcord	in mode und grau, Nr. 15811/12, 140 cm breit . . . . Mk.	17.40	„
Wippcord	prima Qualität, für elegante Reit- und Sportanzüge. Nr. 15814, 15815/16/17, 140 cm breit . . . . . von Mk. 17.20 bis	8.20	„
Zwirnstoffe	in vielen Dessins und Farben, 130 cm breit von Mk. 4.05 bis	3.70	„
Reinwollene Gabardine	in vielen Farben und modernen Streifen, Nr. 27113/14/15/16, 103/5 cm breit Mk.	5.45	„
Rips für Kleider und Kostüme	in allen Farben, 130 cm breit Mk.	8.20	„
Entzück. Crêpe maroquaine	reine Wolle, in apartesten Farben u. Dess., 103/5 cm br., v. Mk. 6.15 bis	4.45	„
Elegante Rockstreifen	pa. reinwollene Qualität, Nr. 27117/18/42, 103/5 cm breit . . . . . Mk.	6.30	„

Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten! Teilzahlung sowie Umtausch gestattet!

Beachten Sie meine Tuch-Passage, Blücherplatz 1,

Ecke Ring.